

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Braunerstr. 6/6, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen 2.50, frei und Haus 2.92, wo keine Post am Ort. 2.94.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Beleglosgeld beträgt für die einblättrige Gesamtheit oder deren Raum 25 Pfennige, für Abdruck, Vertrieb und Veranlagungs-Anlagen 15 Pfennige. Einblättrige Einzelnr. 25 Pf. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis Vortag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 108.

Breslau, Mittwoch, den 10. Mai 1911

22. Jahrgang.

## Vorarbeit für den Sozialismus.

Die Konzentration des Kapitals schreitet unaufhaltsam und in raschem Tempo weiter und sie hat eine Menge eigenartiger Verbindungen hervorgebracht, mit denen die ganze moderne Kulturwelt bedeckt ist. Kartelle, Syndikate, Ringe und Trusts nennt man diese von Industriellen und kaufmännischen Unternehmern gebildeten Körperschaften, die namentlich in Gestalt der nordamerikanischen Trusts einen riesenhaften Umfang erreicht haben. Der Petroleumtrust und der Stahltrust sind eine Art Weltmächte geworden, deren Bedeutung auch für die politischen Kräfte man unter anderem wohl darin erkennen kann, daß der russische Flotte durch die Japaner erbot, eine neue Flotte für den Pazifik zu erbauen. Auch ein Beweis, wie wenig politische Grundzüge bei diesen Kapitalungeheuern bedeuten, für welche der Profit allein maßgebend ist. Steigerung des Profits ist auch der ausschließliche Zweck dieser kapitalistischen Körperschaften. Sie regeln die Produktion für ihr Gebiet dergestalt, daß sie, infolge des Fortschritts der Konkurrenz unter den Beteiligten, die Preise für ihre Produkte diktiert können. Sie können den Warenmarkt mit ihren Produkten überfluten oder sie davon zurückhalten, je nach Bedürfnis. So fallen ihnen die erreichbare höchsten Profite zu und die Mitglieder können die Beute unter sich teilen. Solche Korporationen können das Unheil eines Landes werden, wie man in Nordamerika am besten sieht, wo die Trusts ein Land trotz seiner freien Verfassung mit unerhörter Ausbeutung und Unterdrückung heimgeführt und sich mehr Machtbefugnis angemacht haben, als dies jemals eine absolute Monarchie getan.

Die Sozialdemokratie hat diesen bedeutenden Erscheinungen bald ihre Aufmerksamkeit zugewendet. Sie sind eine ganz unvermeidliche und notwendige Folge der kapitalistischen Entwicklung. Das mittlere und kleine Unternehmertum ist von ihnen in Masse vernichtet, aufgelesen, lahmgelegt worden. Damit ist die gewaltige Ueberlegenheit der konzentrierten Produktion über die zerstückelte bewiesen; die Unzulänglichkeit eines Produktionszustandes mit freier Konkurrenz ist dargetan. Die Kartelle sind sonach ein Schritt zur sozialistischen Produktion, für die sie eine ungeheure Vorarbeit leisten. Denn der Sozialismus ist ohne Konzentration der Produktionskräfte nicht denkbar. Sie bereiten jene große Umwälzung vor, die Marx mit den Worten ankündigt: „Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht ist. Die Konzentration der Produktionsmittel und die Ver gesellschaftung der Arbeit erreichen den Punkt, wo sie unerträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateure werden expropriert.“

Über wenn diese kapitalistischen Organisationen auch eine Vorstufe des Sozialismus in gewissem Sinne vorstellen, so müssen um so dringender die Gefahren hervorgehoben werden, die den Arbeitern unter der bestehenden kapitalistischen Produktionsweise durch die Trusts und die mit diesen verwandten Erscheinungen erwachsen. Die Vereinigung in den Trusts verleiht den Unternehmern eine bisher nicht dagewesene und überlegene Macht gegenüber den Arbeiterorganisationen. Lohnkürzungen, Verlängerung der Arbeitszeit, Beschränkung oder Vernichtung des Koalitionsrechts usw. lassen sich mit dem gemeinschaftlichen Druck eines Trusts viel leichter durchführen, als wenn die Unternehmer sich als Konkurrenten gegenüberstehen.

In dieser Beziehung ist der Bericht, den der nordamerikanische Stahltrust über sein zehntes Geschäftsjahr herausgegeben hat, sehr interessant und beleuchtet auch die Haltung, welche diese großkapitalistischen Körperschaften gegenüber dem Staat und der Gesetzgebung einnehmen.

Bekanntlich hat das Treiben der Trusts in der nordamerikanischen Union eine starke Gegenströmung hervorgerufen. Es wurden Gesetzgeberische Versuche unternommen, um die Macht der Trusts zu beschränken. Diese Versuche mußten mißlingen, denn in einem Klassenstaat, wie die Union, kann die Kapitalistenklasse nicht entschieden genug gegen die Trusts vorgehen, wenn sie nicht den Boden unterhöhlen will, auf dem sie selbst steht. Dazu kommt die Korruption, von welcher die nordamerikanische Justiz angegriffen ist. Der angebliche „entschiedene“ Kampf des „großen“ Roosevelt gegen die Trusts nahm sich denn auch mehr wie Prahlerei und Popularitätshascherei aus. Immerhin aber haben die Angriffe, die in den gesetzgebenden Körperschaften gegen die Trusts gerichtet wurden, deren Leiter erschreckt, so daß sie „staatsmännische“ Anwandlungen bekamen. Beim Stahltrust wurde eine Unfallversicherung und eine Altersrente eingeführt. Das sollte weiteren Angriffen vorbeugen und der Welt ein Beispiel von dem „warmen Herzen“ der Magnaten des Stahltrusts geben. Dadurch werden sich aber nicht viele Leute täuschen lassen, und am allerwenigsten die Arbeiter. Der Trust hat zwar eine kleine Lohnzulage gewährt und den Arbeitern ermöglicht, Aktien gegen Teilzahlungen zu er-

werben. Aber das klingt wie Hohn; denn die Löhne, die der Trust zahlt, sind meist sehr niedrig, was auch in der bürgerlichen Presse betont wird, namentlich wenn man die Kosten des Unterhalts in Anschlag bringt, wie sie dort unumgänglich sind. Dazu kommt eine aufreibende und gefährliche Arbeit in den Betrieben des Stahltrusts.

Die Bestrebungen der Arbeiter auf Erleichterung von diesem Druck werden rücksichtslos bekämpft. Das Koalitionsrecht ist von den Trustsherrn zu einer Illusion gemacht worden. Sie verstehen das Saalabtreiben weit besser als preußische Landräte. Vereinigungen der Arbeiter werden nur geduldet, wenn die Leitung in den Händen der Beamten liegt, die den Trustsherrn ergeben sind. Es sind schon ganze Werke zeitweilig stillgelegt worden, nur um die dort bestehenden Arbeitervereinigungen zu zerstören. Aber mit solchen Maßregeln wird man die Arbeiter auf die Dauer nicht niederhalten können. „Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren, wächst die Masse des Glucks, des Drucks, der Anechtung, der Degradation, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anwachsenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse.“ — So schrieb Karl Marx vor einem halben Jahrhundert schon. Die kapitalistische Entwicklung geht in der Tat dahin.

In diesem Sinne haben die deutschen Sozialdemokraten auf ihrem Frankfurter Parteitag 1894 schon zu den Kartellen und Trusts Stellung genommen, die zwar den Sozialismus vorbereiten helfen, aber heute eine Gefährdung der Arbeiter sind. Einschneidende Arbeiterchutzgesetze, Koalitionsfreiheit und fortschreitende Demokratisierung der Reichs-, Staats- und Gemeindeverwaltung wurden gefordert, damit der Wille der stetig wachsenden Masse der nicht oder wenig bestehenden Konsumenten maßgebend werde, deren Interessen in entschiedenem Gegensatz stehen zu den Interessen einer Handvoll übermächtiger Kapitalisten. Bekanntlich wurde unter Rosa Luxemburg eine Untersuchung des deutschen Kartellwesens angeordnet. Davon hat man nicht viel mehr gehört, wohl aber haben die deutschen Schlotbarone ihr gewichtiges Zeil dazu beigetragen, daß Rosa Luxemburg gehen mußte.

## Die Reichsversicherungsordnung im Plenum des Reichstages.

In zwei Sitzungen hat der Reichstag das ganze Erste Buch mit seinen 176 Paragraphen und außerdem noch einige Bestimmungen des Zweiten Buches erledigt. In dem Ersten Buche handelt es um die gemeinsamen Bestimmungen, von denen die folgenden die wichtigsten sind:

**Wählbar zu den Organen der Versicherungsträger, also zu den Vorständen und Ausschüssen der Krankenkassen, der Berufsgenossenschaften und der Invalidenversicherungsanstalten sind nur volljährige Deutsche.** — Die Sozialdemokraten hatten beantragt, daß auch Ausländer als Arbeitervertreter gewählt werden können.

**Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.** Die höchste Instanz in Verwaltungssachen ist die oberste Verwaltungsbehörde (das Ministerium). — Die Sozialdemokraten beantragten, daß dafür als eine unabhängige Behörde das Reichsversicherungsamt gesetzt wird.

**Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.** Das Versicherungsamt wird als eine Abteilung der unteren Verwaltungsbehörde, also der Polizei, errichtet. — Die Sozialdemokraten beantragten, daß es eine selbständige Behörde werde.

**Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.** Der Leiter der unteren Verwaltungsbehörde, also ein Magistratsrat in der Stadt und der Landrat auf dem Lande, ist der Vorsitzende des Versicherungsamtes. — Die Sozialdemokraten wollten eine möglichst unabhängige Person zum Vorsitzenden des Versicherungsamtes machen.

**Abgelehnt von den Kompromißparteien.** (Konservative, Zentrum, Wirtschaftliche Vereinigung und Nationalliberale.)

Zum stellvertretenden Vorsitzenden des Versicherungsamtes können auch ausgediente Offiziere gemacht werden. — Die Sozialdemokraten wollten dies verhindern, indem sie für derartige Fälle die Zustimmung der Versicherungsträger beantragten.

**Abgelehnt von den Kompromißparteien.** Die Vertreter der Arbeiter bei den Versicherungsbehörden, also beim Versicherungsamt, Oberversicherungsamt und Reichsversicherungsamt, werden durch ein indirektes Wahlverfahren gewählt. — Die Sozialdemokraten forderten das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht nach der Verhältniswahl.

**Abgelehnt von den Kompromißparteien.** Die indirekte Wahl erfolgt durch die Vorstandsmitglieder aller Krankenkassen. — Die Sozialdemokraten forderten, daß die Vertreter der Arbeiter nur von solchen Vorstandsmitgliedern gewählt werden, die von den Arbeitern selbst gewählt worden sind.

**Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.** Die indirekte Wahl findet von den Vorständen aller Klassen zusammen statt. — Die Sozialdemokraten forderten, daß die Wahl von den Vorständen der einzelnen Klassenarten gesondert erfolgt, damit nicht die frei gewählten Arbeitervertreter von den anderen sogenannten Arbeitervertretern bei der Wahl überstimmt werden.

**Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.**

Wählbar als Vertreter der Versicherten in den Versicherungsbehörden sind nur Männer. — Die Sozialdemokraten beantragten, daß auch Frauen wählbar seien.

**Abgelehnt von den Kompromißparteien.** Die Kosten der Versicherungsämter, die bei einer gemeinlichen Behörde errichtet werden, tragen die Gemeinden. — Die Sozialdemokraten beantragten, daß diese Kosten dem Staate auferlegt werden.

**Abgelehnt von den Kompromißparteien.** Auch die Oberversicherungsämter können an höhere Staatsbehörden angegliedert werden. — Die Sozialdemokraten verlangten, daß die Oberversicherungsämter als selbständige Behörden errichtet werden.

**Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.** Für gewisse Betriebsgruppen des Reiches, der Bundesstaaten, für Bergwerke usw. können besondere Oberversicherungsämter errichtet werden. — Die Sozialdemokraten forderten die Beseitigung der besonderen Oberversicherungsämter.

**Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.** Von den Mitgliedern des Versicherungsamtes ist nur der Direktor auf Lebenszeit, aber nach Landesrecht unwiderruflich anzustellen. — Die Sozialdemokraten verlangten die Umstellung auf Lebenszeit oder die unwiderrufliche Anstellung für alle Mitglieder des Oberversicherungsamtes.

**Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.** Bei der Festsetzung des ortszubehörenden Tagesentgelts gewöhnlicher Tagelöhner (Ortslohn) sind, so beantragten die Sozialdemokraten, die Ausschüsse der Gewerbeämter, und wo solche nicht vorhanden sind, die Vertreter der beteiligten Gewerkschaftsorganisationen zu hören.

**Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.** Nach einem weiteren sozialdemokratischen Antrage sollte als Ortslohn für männliche Personen über 21 Jahre nicht weniger als 3 Mk. und für weibliche Personen über 21 Jahre nicht weniger als 2 Mk. festgesetzt werden dürfen.

**Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.** Für ausländische Arbeiter, die in Deutschland beschäftigt werden, sollen unter Umständen noch geringere Rechte gelten, als für die Inländer. — Die Sozialdemokraten beantragten, daß für Angehörige der Staaten, in denen deutsche Reichsangehörige in Bezug auf die Arbeiterversicherung nicht ungünstiger als die Inländer gestellt sind, während ihres Aufenthalts im Reichsgebiete dieselben Bestimmungen der R.-V.-O. gelten, als für die Inländer.

**Abgelehnt von den Kompromißparteien.** Die Beschäftigung eines Ehegatten durch den anderen begründet keine Versicherungspflicht. Die Sozialdemokraten forderten, daß auch die Frauen der Kleinbauern usw., die in dem Betriebe ihres Mannes beschäftigt sind, versichert werden sollen.

**Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.** Als Hausgewerbetreibende im Sinne der R.-V.-O. sollen nur die Hausgewerbetreibende gelten, die in ihren eigenen Betriebsstätten arbeiten. Die Sozialdemokraten verlangten die Ausdehnung der Versicherung auch auf Hausgewerbetreibende, die in fremden Betriebsstätten arbeiten.

**Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.** In der Krankenversicherung sind von dem Versicherungszwange ausgeschlossen die kleinen Unternehmer. Die Sozialdemokraten forderten die Ausdehnung des Versicherungszwanges auf alle selbständigen Gewerbetreibenden, deren Jahreseinkommen weniger als 5000 Mk. beträgt.

**Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.** Ferner sind von dem Versicherungszwange ausgeschlossen die Angestellten, die einen Jahresarbeitsverdienst von mehr als 2000 Mk. haben. Die Sozialdemokraten forderten die Ausdehnung des Versicherungszwanges auf alle Angestellten mit einem Jahresarbeitsverdienst bis zu 5000 Mk.

**Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.** Endlich sind vom Versicherungszwange ausgeschlossen diejenigen Angestellten mit einem Jahresarbeitsverdienst von weniger als 2000 Mk., die eine wissenschaftliche Tätigkeit ausüben. Die Sozialdemokraten forderten, daß alle Angestellten mit einem so geringen Einkommen versicherungspflichtig sein sollen.

**Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.** Die Kommission hatte den Vorschlag der Regierung gestrichen, daß der Bundesrat oder der Gemeindeverband die Versicherungspflicht auf bestimmte Gewerbetreibende oder deren Familienangehörige ausdehnen darf. Die Sozialdemokraten beantragten, diese Bestimmungen des Entwurfes wiederherzustellen.

**Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.**

## Politische Uebersicht.

**Zur Bürgermeisterwahl in Stuttgart** äußert der „Vorwärts“ Bedenken, weil die Stuttgarter Parteigenossenschaft dem vorgeschlagenen Kandidaten Doktor Lindemann eine gewisse Freiheit für die Ausübung seines eventuellen Pflichtenkreises zugestanden hat. Zu dieser in unseren letzten beiden Nummern erwähnten Entbindung bemerkt unser Berliner Parteiblatt:

„Den Beschluß der Stuttgarter Parteiverammlung aber halten wir um so für bedenklicher, da ihm die Ablehnung der Resolution der Parteileitung vorausgegangen ist. Es ist doch einfach eine Selbstverständlichkeit, die die Grundlage jeder Parteistellung bildet, daß die Parteitag- und Organisationsbeschlüsse für jeden Parteigenossen in welcher Stellung immer gelten müssen.“

Und tags darauf fügt der „Vorwärts“ noch hinzu: „Zunächst bleibt es im unklaren, welche Organisationsbeschlüsse Genosse Lindemann gemeint hat, die ihm angeblich die Ausübung des Amtes unmöglich machen. Falls solche beständen, hätten sie entweder aufgehoben oder bestätigt werden müssen. Auf keinen Fall geht es aber an, einen einzelnen Genossen von den Beschlüssen der Gesamtheit zu entbinden und für ihn Ausnahmen in der Gegenwart oder Zukunft zu machen.“

Dankelste ist der... Die Partei...  
Dankelste ist der... Die Partei...  
Dankelste ist der... Die Partei...

Diesem Bedenken tritt die „Volkstimme“ in Frankfurt a. M. entgegen, indem sie schreibt:

Da es im höchsten Grade bedenklich und nur Wasser auf die Mühle der Gegner wäre, wenn sich an den Stuttgarter Vorstoß auch noch Auseinandersetzungen in unseren eigenen Reihen knüpfen, so möge hier ein Wort zur Verständigung verhandelt werden. Es ist gewiß ungewöhnlich, daß ein sozialdemokratischer Kandidat von gewissen Beschlüssen der Partei erwidert zu sein wünscht. Aber der Wunsch Lindemanns ist, soviel wir sehen, genau umgekehrt und in der Natur der Sache begründet. Unser Stuttgarter Oberbürgermeisterkandidat will lediglich Freiheit für die Ausübung der Repräsentationspflichten, die einem Stadtoberhaupt innerhalb der heutigen Gesellschaftsverhältnisse nur einmal obliegen. Stellt unsere Partei überhaupt einen Kandidaten auf und beteiligt sie sich direkt am Kampfe; so muß sie die Dinge nehmen, wie sie jetzt liegen. Der Oberbürgermeister der schwäbischen Residenz muß einfach gewisse Pflichten der Krone gegenüber erfüllen und es kommt nur darauf an, ob er ein Mann von gefestigtem politischen Charakter und Kaltgefühl ist, damit er auf diesem schwierigen Posten nicht ausbleibt und entweder die Arbeiterklasse durch unumtöndigen Diktatorismus, oder die Krone durch Einstellung der amtlichen Beziehungen verlegt, die im heutigen monarchischen Staat nun einmal noch gegeben sind. Leicht ist diese Stellung nicht; sie hat ihre offenkundigen Gefahren nicht bloß für den Inhaber, sondern auch für die Wähler, die ihn eventuell wählen und die nicht irre werden dürfen an dem Bewußtsein, daß er ihr Erwählter ist, ihre Interessen vor allem zu vertreten und stetig Fühlung mit ihnen zu halten hat. Wollte man aber dieser Gefahren halber auf dem strengen Parteiverbot jedes Verkehrs mit der Krone bestehen, so löste man zur politischen Negation und zu dem Widerstand, daß ein sozialdemokratischer Kandidat überhaupt verachtet und für einen der bürgerlichen Kandidaten gestimmt werden müßte, die doch fast und besonders gar keine Sicherheiten für eine würdige Haltung zur Krone bieten. Deshalb verstehen wir die Schmälerungen der Lage der Stuttgarter Genossen und wir müßten es vermeiden wissen, daß ihnen durch Parteiverbote noch neue gemacht werden. Genosse Lindemann selbst hat als Kandidat sehr ehrlich und ernst gehandelt, daß er die Frage offen vor seiner Auffstellung aufstellte und sie von der Parteioberleitung entscheiden ließ. Jetzt hat die Parteioberleitung mit überwältigender Mehrheit für ihn entschieden und ihm für den ungewöhnlichen Fall ungewöhnliche Freiheiten gegeben. Wenn das die Vertrauensmänner der Stuttgarter Arbeiter nun die Lindemanns'sche Kandidatur seit länger als einem Jahrzehnt aus nächster Nähe scharf beobachten und beurteilen, so dürfen wir in der Ferne uns wohl beruhigen und ihnen die Verantwortung für den ersten Versuch überlassen, den ersten Oberbürgermeisterposten in Deutschland mit einem Sozialdemokraten zu besetzen.

Der politische und soziale Gewinn dieses Versuchs würde, wenn er glückt, zweifellos von ungeheurer Bedeutung für unsere Partei sein. Den Schlag würden die preussischen Junker kaum verwinden! Schon die Tatsache der erfolgreichen Wahl wäre eine Vorarbeit für die bevorstehenden Reichstagswahlen und die Abrechnung mit dem Reichsthum und dem Zentrum in Gesamtdeutschland, selbst wenn hinterher die künftige Befähigung, die notwendig ist, ausbleibt. Aber es ist kaum zu erwarten, daß sie ausbleibt, denn der württembergische König hat sich bisher vor jeder Wahl und Willensäußerung seiner Kandidaturen gedrückt. Er läßt je auch nicht mehr, als der dänische König, der mit dem Handschuhmacher Jensen als zweiten Bürgermeister von Kopenhagen verkehrte, wobei nebenbei auch unser Genosse Jensen nie etwas an seiner Serabtheit und Ehrlichkeit einbüßte.

Inzwischen stellt sich Lindemann in vier großen Wähler-versammlungen der gesamten Bürgerschaft vor, denn schon am Freitag dieser Woche findet die Wahl statt.

Bei dem Parteibeschluß, von dem Lindemann befreit wurde und den der „Vorwärts“ nicht zu kennen scheint, handelt es sich um folgendes: Eine vor einiger Zeit abgehaltene Parteiverammlung in Stuttgart hatte verlangt, daß die Rathhausvertreter in allen wichtigen kommunalen Fragen vorher die Meinung der Parteigenossen einholen sollten. Dieser Beschluß, der schon praktisch unausführbar erscheint, wurde von der Versammlung dem eventuellen sozialdemokratischen Oberbürgermeister gegenüber aufgehoben. Er ist auch sonst nirgends in Deutschland in Kraft.

Zu der Stellungnahme der Parteipresse veröffentlicht die „Schwäbische Tagwacht“ folgende Erklärung, die obige Angabe bekräftigt:

„In unserer Parteipresse ist die Aufstellung der Kandidatur Lindemann durch die Stuttgarter Parteiverammlung bereits lebhaft besprochen worden, was der Bedeutung des Ereignisses auch durchaus entspricht. Einige dieser Äußerungen schienen uns aber auf einer unrichtigen Auffassung des in der „Tagwacht“ erschienenen Versammlungsberichts zu beruhen, der naturgemäß nur kurz und summarisch sein konnte. Wir wollen diesen Bericht daher heute inwieweit ergänzen, als nötig erscheint, die Fassung dieser mitwirkenden Auffassung unmissverständlich zu machen. In der Stuttgarter Versammlung ist unterchieden worden zwischen Parteitagbeschlüssen (nicht wie es irrtümlich im Bericht hieß: Parteibeschlüssen) und Beschlüssen der Organisation. Wie den Teilnehmern der Versammlung bekannt ist, bekräftigte die Erklärung des Genossen Lindemann, daß die ersten der Übernahme der Kandidatur und der Ausübung des Amtes nach seiner Überzeugung nicht im Wege ständen, während von ihm näher bezeichnete Beschlüsse der Stuttgarter Organisation vorliegen, die er als hindernißvoll bezeichnete. Wenn darauf nun die Parteiverammlung mit ihren bekannten Beschlüssen gekommen ist, so hat sie daher nicht wie ein Parteiblatz meint, ihre Befugnisse überschritten, sondern hat sich darauf beschränkt, die einem Erlaß der Partei in diesem Falle entgegenstehenden Beschlüsse der eigenen Organisation aufzuheben, wozu sie natürlich durchaus zuständig war. Der Wunsch des Kandidaten, der zu dieser Fassung der Parteiverammlung führte, war, wie ein anderes Parteiblatz treffend bemerkt, genau umgekehrt und in der Sache begründet. Im übrigen wird man es, wie wir glauben, in der ganzen Partei verstehen, wenn wir es im gegenwärtigen Augenblick ablehnen, Diskussionen zu führen, die zwar kaum Schaden anrichten, aber auch keinen Nutzen bringen, uns aber auf jeden Fall Raum und Zeit kosten würden, die im Kampfe gegen die Gegner besser zu verwerten sind.“

Die bürgerlichen Parteien in Stuttgart hatten am Montag Vormittag eine Besprechung, um die Einigung auf einen gemeinsamen Kandidaten für die Bürgermeisterwahl zu erzielen. Die Besprechungen verliefen resultatlos. Die nationalliberale Partei hat den Regierungsrat Lautenschlager vorgeschlagen, den auch die konservative Partei unterstützen will, während das Zentrum nach Schwankt. Die von der Volkspartei vorgeschlagenen beiden Kandidaten fanden zum Teil bei den Konservativen, zum Teil bei den Nationalliberalen keine Unterstützung, während das Zentrum erklärte, diese Kandidaten nur unterstützen zu wollen, wenn sich alle Parteien auf eine Personlichkeit einigen würden. Die Volkspartei lehnt es ab, den nationalliberalen Kandidaten zu unterstützen, weil Lautenschlager noch vor wenigen Wochen als Regierungsbeamter die Verstaatlichung der Stuttgarter Polizei vertrat. Die Nationalliberalen haben nun offiziell beschlossen, mit aller Kraft für Lautenschlager einzutreten. Die Einigungsverhandlungen dürften damit endgültig gescheitert sein.

### Die Wauzentaktik des Blocks.

Der Reichstag setzte am Montag seine Beratung in Gänsefüßchen — der Versicherungsordnung und der Trappistenblock seine Wauzentaktik, um den treffenden Ausdruck des Genossen Jubel zu benutzen, fort. Mit der Mehrheit schwingt auch die Regierung. In den ersten Tagen hatte wenigstens noch der Berichterstatter über das erste Buch, Herr Dräcker, gesprochen; der Berichterstatter aber über das zweite Buch, der reaktionäre Nationalliberale Horn ging mit seiner Zungenkraft weit sparsamer um, als der mecklenburgische Konservative.

Soweit die Mehrheit sich überhaupt an der Beratung beteiligte, geschah das in Form von lauten Privatgesprächen, durch die mit erschütterlicher Absichtlichkeit die Ausführungen unserer Fraktionsredner überhört werden sollten. Die einschneidendsten Bestimmungen, an denen das Wohl und Wehe ungezügelter Arbeiter hängt, veranlaßten die Mehrheit nicht, ihre Mäuler aufzulockern, und noch stummer war die Regierung. Bis 7 Uhr Abends dauerte diese angedliche Beratung, in der etwa 30 Paragraphen „erledigt“ wurden. Die Paragraphen über die Wöchnerinnenbeihilfe wurden nicht zu Ende beraten. Die Mehrheit hatte den seltsamen Geschmack, auf die eingehenden und trefflichen Darlegungen des Genossen David durch einen ultramontanen Kleinmeister, namens Jrl, antworten zu lassen. Weltaus in den meisten Fällen blieb bei den Abstimmungen, von denen eine namentlich war, unsere Fraktion isoliert; bismellen stimmten die Polen, manchmal einige Freisinnige, selten alle Freisinnigen, und nur in Ausnahmefällen Freisinnige und Polen mit ihnen. Immerhin soll anerkannt werden, daß in einigen Fällen selbst der sonst so reaktionäre Mugdan für unsere Anträge sprach. Am besten hielten sich von den Freisinnigen der alte Träger und Fegler. Außer David sprachen an diesem Tage die Genossen Wollenbutz, Hoch, Hue, Schmidt-Berlin, Severting, Göhte, Zübell, Büchner, Sachsse, Runge und Busob. Am Dienstag geht die Wauzen-Komödie weiter.

Immer noch Lokalbahndebatte. Das Dreiklassenhaus hat Montag 6 1/2 Stunden lang die Monologe der 38 Redner über sich ergehen lassen, die durchwegs lokale Verkehrsangelegenheiten besprachen und eine Unzahl neuer Bahnen gebaut werden wollten. Für alle Leute, die Redner selbst kaum ausgenommen, war die Langeweile dieser Sitzung schwer zu ertragen. Im Saale waren gewöhnlich 6-8 Abgeordnete anwesend. Heute Dienstag wird diese Verhandlung fortgesetzt, es sind immer noch 51 Redner zum Worte gemeldet. Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist das Gesetz über die Entlastung des Oberverwaltungsgerichts.

Die Abwehr der sächsischen Regierung. Die sächsische Regierung veröffentlicht im nichtamtlichen Teil des Dresdener Journals eine Erklärung gegen die Kritiker, die sie beschuldigten, der Sozialdemokratie in letzter Zeit insbesondere anlässlich der Konferenz für die Gemeindefürsorgeform sowie anlässlich der Maßfester zu weit entgegengekommen zu sein. Sie erinnert daran, daß sie durch die Nichtbefähigung sozialdemokratischer Gemeindevorstände bis in die letzte Zeit, sowie durch die Verhinderung der Peinarbeiterausstellung auf der hygienischen Ausstellung hervorgehen habe, daß derartige Vorwürfe unberechtigt seien. Was aber die Konferenz anlangt, so sei es notwendig gewesen, ohne Rücksicht auf die politische Stimmung Vertreter der politischen Lebens zur Beratung hinzuzuziehen und da dürften die Arbeiter nicht fehlen. Es seien doch auch die Leiter der vaterländischen und der Dirsch-Dunder'schen Arbeiterbewegung geladen gewesen. Auf die Arbeitervertreter zu verzichten, hieß weil sie gleichzeitig Sozialdemokraten seien, wäre nicht nur engberzig, sondern sehr zweckwidrig und dilettantisch gewesen. Die Maßfester zur Arbeiter sind in Sachsen ebensowenig verboten worden, wie in Hamburg, München, Stuttgart. Die Regierung bezieht sich auf das Reichsvereinsgesetz § 7, wonach unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit vorzuziehen sein muß, wenn derartige Umzüge verboten sein sollen. Das sei aber nach den sächsischen Verhältnissen und nach den bisherigen Erfahrungen nicht der Fall. Anderwärts möge es anders gelegen haben, besonders in Preußen, wo wegen der Wahlrechtsreform und wegen der Arbeiter Unruhe die Spannung noch nachzitterte. Es sei auch in Sachsen nirgends eine Störung der öffentlichen Ordnung vorgekommen, die Verweigerung wäre daher eine Ungerechtigkeit gewesen.

Angesichts solcher Regereien behält die „Deutsche Tageszeitung“ nur gerade noch Fassung genug, zum 999. Male und in Fettschrift den bevorstehenden Weltuntergang zu prophezeien:

„Die von dem Amtblatte der königlichen Polizeidirektion und des Rates der Stadt Dresden veritete Auffassung bedeutet nichts anderes als eine Kapitulation vor dem wachsenden Machtbewußtsein der Sozialdemokratie.“

Zentrum und reichsländische Verfassungsreform. Am Montag Vormittag trat das Zentrum zu einer Beratung zusammen. ... Stellung zu den neuesten Regierungsvorschlägen in der eljas-lothringischen Verfassungsfrage zu nehmen. Wie die „Berliner Börsen-Zeitung“ mitteilt, hat man zugegeben, daß sich die Regierung entgegenkommend zeige, da sie statt der Mandel-

## Großvater Archipp und Jionta.

Von Regim Sorli. (Nachdruck verboten.)

„Sutra Logi“ sagte der Anbauung Lew und sah nach dem er zum letzten Mal über den Bergblick hatte, wo der schwarze Proben langsam und dumpf aus dem Gebirg hervordrückte, die Dattler unterwandt an. „Aus England?“  
„Daher, Roskaler!“ antwortete Archipp mit einer Bedenkung.  
„Hungernot habt Ihr bei Euch, ah?“ Er sprang aus der Urba auf die Erde und machte sich am Geschir zu schaffen.  
„Selbst die Schoten haben Hunger.“  
„So, ho! Selbst die Schoten haben Hunger? Das heißt, nichts ist übrig geblieben, alles ist verzehrt? Ihr kommt kochend ehen. Aber kochend arbeitet Ihr kochend. Denn wenn man gut arbeitet, gibt's keine Hungernot.“  
„Roskaler, die Reparatur ist dort — die Erde. Sie frucht sich und erzeugt nichts. Wir haben die Erde ausgezogen.“  
„Die Erde?“ schrie die Roskal des Kopf. „Die Erde mag immer erregen, dazu ist sie ja dem Menschen gegeben. Ich sage: nicht die Erde, sondern die Hände. Die Hände sind schlacht. Ehe! Schlachten Hände geschickt der Erde und erzeugen etwas. Bist Du ein Schmeißer oder gewohnt? Da werden die Steine bester, Großvater!“  
Der Frage kam kein.  
Zwei trübselige Reden mit roten Gesichtern haben ihn trauern und über, indem sie sich mit den beiden Händen pflichtmäßig gegen den Boden des Hofes bewandte, sie schmeißten, werten das Seil aus dem Gebirg und schenken einander kein Wort.  
„Geh?“ schrie die Roskaler der Jionta, indem er sein Pferd auf den Hofen führte und mit der Hand an seine Hüfte legte.  
„Ehe!“ antwortete der eine der Jionten und ging, die Hände tief in die Hosentaschen vergräbend, an die Urba, sah hinaus und schmeißte, indem er sich die Luft schnappte.  
Der andere schrie sich auf den Boden und sah schmerzhaft zum Himmel auf.  
Der Großvater und Jionta gingen auf dem Hofen und schmeißten sich an den Hof, indem sie den Hofen schmeißten.  
„Ja, schmeißt mit!“ antwortete der Roskaler der Urba.  
„Nur Du schmeißt Du nicht zum Himmel mit?“ schrie die Urba, welcher die Urba schmeißte.  
Der, welcher den Hofen schmeißte, nahm ihn und sah mit schmerzhaftem Blick auf den Hofen.  
„Was, was Du schmeißt?“ Da bist ich schlacht. Selb-

„Was? Warum? Ist denn im Kuban nicht Wasser genug?“  
„Wasser! ... Das mein' ich nicht.“  
„Über Brannein? Ich nehme keinen mit.“  
„Warum nimmst Du keinen mit?“ sagte der, welcher gefragt hatte, nachdenklich, indem er die Augen auf den Boden des Hofes richtete.  
„Nun, schmeißt mit!“  
Der Roskal zog seinen Stiefel an. Der andere spie in die Hände und ergüßte das Seil. Der, welcher sich überlegen ließ, half ihm, jedoch der Hofen erbebt und sich fortbewegte.  
„Großvater, warum läßt Du denn nicht?“ wandte sich der Jionta, welcher sich mit dem Stiefel zu schaffen machte, an Archipp.  
„Die Erde ist, Lieber!“ sagte dieser in klaglichem Tone und schmeißte den Kopf.  
„Ihren Kram auch nicht geschoben zu werden. Sie werden kein damit fertig!“  
„Und als wolle er den Großvater den der Wahrheit seiner Worte überzeugen, ließ er sich nieder auf die Kniee nieder und legte sich auf das Verbot des Hofes.“  
„Sein Schmeißer schmeißte läge auf ihm, und da er keine Antwort bekam, schmeißte er laut mit dem Fuß auf, indem er sich gegen das Verbot schmeißte.“  
„Schmeiß Du, Jionta, was das für Leute sind! — Hatte, hatte. Diese Gegend ist — ein Paradies für die Bauern“, schmeißte Archipp, indem er sich zu Jionta niederbengte, der über den Hof ins Meer sah.  
„Von der Erregung zurückgeworfen, die bewirkt an seinen Seiten schmeißte, erbebt und schmeißte der Hofen, indem er sich langsam vorwärtsbewegte.“  
„Was für ein Eder der da ist! Sogt — die Hände... Ihr arbeitet schlacht, und hat selbst nicht einmal im Traum solche Arbeit gesehen!“ schmeißte der Großvater. „Warum gibt es kein ein Ding, das anders — was? ...“ und nach einer Pause, als erwartete er von Jionta eine Antwort, antwortete er sich selbst: „um die Erde zu prüfen. Welche Seele wohnt, die geht ohne Fremde und Frieden im Leben zu Grunde.“  
„Schmeißt Jionta auf das Wasser bläse, schmeißte er, daß ihn ein jeder Schmeißer ergüßte und die Augen, erbebt vom schmeißten Hof der Hofen, schmeißte schmeißte. Des Großvaters schmeißte schmeißte des Hofen des Hofen und des Hofen schmeißte der Hofen schmeißte ihn nach mehr in, er warte sich in schmeißte schmeißte auf das Verbot niederlassen, aber schmeißte schmeißte ihn etwas demutig, daß er schlacht.“  
„Was schmeißte er die Augen und sah sich an. Die Roskalen schmeißte ihn an, während sie den Hofen an einem vertrauten Schmeißer an ihm schmeißte.“  
„Was, was Du schmeißt?“ Da bist ich schlacht. Selb-

Sich auf die Urba, ich nehme Dich bis zur Staniza\*) mit. Und Du, Großvater, schmeißt Dich auch auf.“  
„Nachdem er dem Roskalen mit eintöniger, nasebender Stimme gedankt, kletterte der Alte schmeißend auf die Urba. Jionta sprang auch hinauf, und sie fuhren durch Wälder seinen schwarzen Staubes, jedoch der Großvater vor befändigem Husten keine Luft bekam.  
Der Roskal stimmte ein Lied an. Er sang in seltsamen Lauten, indem er die Töne in der Mitte abbrach und sie pflichtmäßig beendete; manchmal fing er eine Phrase im Reizitativ an und stimmte, abbrechend, etwas in hohem Falsett an. Es war, als würde er die Töne wie Fäden von einem Knäuel ab und rüffe sie entzwei, wenn er einen Knäuel traf.  
Das Lied harmonierte ganz mit der endlosen Steppe, die ebenso eintönig war und hier und da von Streifen jener Luftspiegelungen durchschnitten wurde, welche im Äther flimmerten.  
Klaglich knirschten die Räder, der Staub wand sich; der Großvater, dem der Kopf zitterte, hustete ohne Aufhören, und Jionta dachte daran, daß sie bald in der Staniza sein und dann mit nasebender Stimme unter den Fenstern singen würden: Gergzeit, Jesus Christus... Wieder werden ihn die Roskalen jagen und die Weiber mit Fragen über Rußland und dieses andere langweilen... Unheil ist es ihm dann auch, den Großvater anzusehen, der noch öfter hustet und sich noch tiefer krümmt, jedoch es ihm selbst unbedeutend ist und weh tut, und mit so klaglicher Stimme spricht, wobei er in einem fort schluchzt und erzählt, was nie und nirgend war... Er sagt, zum Beispiel, daß die Leute in Rußland auf der Straße sterben und hilflos, und keiner da sei, sie fortzuschaffen, weil alle Leute vor Hunger den Verstand verloren hätten. Nirgend haben sie beide etwas Derartiges gesehen. Und alles das geschieht, damit mehr gegeben werde. Aber wo soll man hier mit den Armen hin? In Hause — da kann man sie immer für 40 Kopelen oder sogar für einen halben Rubel das Fuß verkaufen, doch hier kann man nicht. Dann müssen diese oft sehr mehlschmeißenden Städte aus dem Sad in die Steppe geworfen werden. Und wozu geht der Großvater immer den Staniza zu anderen, Liebe er doch wenigstens eine Woche da; aber so kommt er, geht herum, sammelt ein und eilt weiter, wie ein Dieb vor Verfolgern... Einmal hatte Jionta mit ihm darüber gesprochen, und er hatte ärgerlich und bestimmt geantwortet:  
„Da bist du, schmeißt, ohne Dich daran zu kehren! Du kannst meine Sorge für Dich nicht verstehen. Und was ich will, kannst Du nicht wissen. Vielleicht schmeißt ich dich für Dich, will Dich vom Darnieder sein lassen...“  
\*) Rosalendorf.

(Fortsetzung folgt.)





## Parteiangelegenheiten.

### Ein Polizeispindel entlarvt.

In Bochum ist ein Polizeispindel entlarvt worden, der zunächst einige Zeit sein sauberes Handwerk in den Kreisen der Nationalpolizei im Ruhrgebiet getrieben hat und sich jetzt auf die Reihen unserer Partei einschleichen wollte.

Sein Name ist Stefan Wiehle, von Beruf Buchdrucker, 27 Jahre alt, in Walschau geboren; er hat in polnischer Sprache gelernt. Zum Zwecke leichteren Erkennens sei noch erwähnt, daß er ein kleines hübsches Kerlchen ist. Auf seinen Visitenkarten nennt er sich Maschinenmeister.

Bei den Polen hat der saubere Patron sich Eingang in die St. Barbara-Vereine und Turnvereine verschafft. Als Beweis für seine Arbeit" möge einer von den fünf Briefen vollständig wiedergegeben werden, durch die der Wirt, der sich auch in den Buchdruckerverband eingeschlichen hatte, entlarvt worden ist:

„An die Kgl. Behörde.

St. B. Bochum, 16. März 1911.

Sehr geehrter Herr!

Vorerst bitte die Weischrift zu entschuldigen, das geschieht aber nur der Kopie wegen, die ich bei meinen Kollegen. Also: Soeben lehrte ich von Ermann, Mehlstraße, beim. Heute war gewöhnliche Übungsstunde des Sozial. Abends 9 Uhr traf ich den Vorsitzenden Hn. Poryszel, diesem stellte ich mich als guter Pole vor und ersagte um Aufnahme in Sozial und Wirt. Verein. Poryszel lud mich hierauf für Sonntag, 3 Uhr in seine Privatwohnung ein und stellte mir gegen ... Aussicht, daß ich in den Vorstand kommen kann. Falls von Amts wegen (d. h. meiner Tätigkeit als Delegierter für die hohe Kgl. Behörde) nichts dagegen steht, bitte ich um evtl. Aufträge, worüber ich die Vereinsakten besonders studieren und evtl. kopieren soll. Bisher habe ich nur festgestellt, daß der „Sozial“ früher ca. 200 Mitglieder hatte, jetzt amtlich 50 gemeldet, in Wirklichkeit aber nur 20-25 Mitglieder vorhanden sind. Bei der heutigen Übung waren 6-8 anwesend. Erwarte Ihre weiteren Aufträge und Bescheid.

Hochachtungsvoll

St. Wiehle.

In einem Bericht vom 20. März über eine Versammlung des Sozialvereins in Herten-Baunau heißt es: „Nach Schluß der den Franzismus sehr fördernden Sitzung folgte eine Diskussion. Als Redner endete, meldete ich mich zum Wort...“ Zum Schluß des Berichts heißt es: „Ich werde sorgen, recht viel Vertrauen im Sozial und anderen Vereinen zu erwerben und evtl. Auswüchse des polnischen Uebermutts rechtzeitig zu verhüten.“ — In einem Bericht über eine Sitzung des polnisch-religiösen St. Barbara-Vereins in Bochum vom 3. April werden alle Vorkommnisse gewissenhaft registriert und die Ausführungen eines Mitgliedes fast wörtlich wiedergegeben. Zum Schluß heißt es: „Diese Rede hat einen absoluten politischen Fingerring auf mich gemacht.“ — In einem Bericht über eine Osterfeier des St. Barbara-Vereins, an der auch zwei Kommunisten teilgenommen haben, hebt der Spindel hervor, daß „die politische Seite des Osterfestes beachtet worden sei.“ — Spindel Wiehle, der seine Wohnung als „auter Katholik“ mit Heiligenbildern reichlich ausgestattet hat, ist aber vielzeitig. Er hat sich auch Eingang in die Freidenkervereine zu Bochum zu verschaffen gewünscht und war bereits bis zum Referenten avanciert.

In unsere Reihen versuchte er dadurch hineinzukommen, daß er um Beschäftigung in der Druckerei des „Bochumer Volksblattes“ bat, wobei er seine agitatorische Befähigung besonders hervorhob, auch ungeschicklich nach, was in dem Bewerbungsverfahren auf seine Mitgliedschaft zum Freidenkerverband zu berufen. Gleichzeitig hatte er einen Redakteur vom „Volksblatt“ aufsucht, um dessen Vermittlung gebeten und ihm bei einem zweiten Besuch angeblich „wichtiges Material“ gegen eine rheinische Zentrumsdruckerei, in der er beschäftigt gewesen, angeboten. — Bei aller „Schläue“ ist der Mensch aber zu einem Polizeispindel doch noch zu dumm. Und diese Dummheit war für ihn in dem Augenblick verhängnisvoll geworden, wo er Eingang in unsere Partei suchte. — Die Parteigenossen im Lande seien also gewarnt.

Sozialdemokratische Gemeindeführer sind in letzter Zeit in ländlichen Vororten Berlins gewählt worden. In

Adlershof fielen sogar 2 von den 3 Schöffenmandaten an unsere Partei und in Mahlsdorf erlangten sie ebenfalls in der Gemeindevertretung die Mehrheit. Die Aufsichtsbörse hat, wie in früheren Fällen, auch hier die Vertätigung versagt und Neuwahlen angeordnet, damit das gleiche Recht für alle Preußen deutlich in Erscheinung tritt.

## Arbeiterbewegung.

**Baukempnerstreik in Liegnitz.** Die Baukempner und Installateure in Liegnitz waren vor einiger Zeit an die Unternehmer mit einem neuen Lohnstarif herangetreten. Es wurden für das erste Gelehenjahr 35, für das zweite 38 und für das dritte 42 Pfennig als Mindestlohn gefordert. Für Gehilfen, die schon einen höheren Lohn erhielten, sollte eine Aufbesserung von 15 Prozent eintreten. Ueberstunden sollten mit 10 Pfennig, Nacht- und Sonntagsarbeit mit 25 Pfennig Zuschlag vergütet werden. Da die beteiligten Unternehmer kein Entgegenkommen zeigten, traten am Montag 29 Baukempner und Installateure in den Streik.

**Streik beim Talsperrenbau in Mauer.** Am Montag traten sämtliche beim Talsperrenbau in Mauer im Riesengebirge beschäftigten Maurer und Arbeiter in den Ausstand, so daß der Bau vollständig ruht. Die Streikenden verlangen einen Stundenlohn von 55-0 Pf. für die Maurer (bisher 50-52 Pf.) und von 38-40 Pf. für die Arbeiter (bisher 30-32 Pf.). Von Ausstand sind 200 Maurer und 760 Arbeiter beteiligt. Es sind zum allergrößten Teil Ausländer, Ruthenen, Bosniaken, Kroaten und Italiener. Am Mittwoch trifft der Generaldirektor der Aktiengesellschaft Liebold u. Co., die den Bau ausführt, in Mauer ein, um mit den Ausständigen zu verhandeln.

**Streik im Braunkohlenbergbau.** Im Zeik-Weißener Felde Braunkohlenrevier haben die Arbeiter am Sonntag nach Ablauf der Kündigungsfrist die Arbeit eingestellt. Zur Organisation des Streiks fanden Sonntag 21 Streikversammlungen statt, die sehr stark besucht waren. In einzelnen Orten konnten die Lokale der anstehenden Wägen nicht lassen. Soweit bisher ein Ueberblick möglich ist, kann gesagt werden, daß der Streikbeschluss von den Arbeitern einmütig durchgesetzt wird. Es dürften etwa 60.000 Arbeiter im Streik stehen. Bei mehreren Gruben ist auch nicht ein Mann stehen geblieben. Einige Gruben haben die Arbeiter, die nicht streiken wollten, auch entlassen, weil sie keine Beschäftigung für sie hatten. Da es den Werkverwaltungen nicht möglich ist, den Betrieb auf allen Gruben aufrecht zu erhalten, so wurden die „nützlichen Elemente“ von mehreren Gruben nach einem Werk geschickt.

Einzelne Werke haben auch schon Karnten mit der Anwerbung von ausländischen Arbeitern beauftragt. Ein solcher Agent wurde am Sonntag in T. h. e. i. s. s. verhaftet. Es war ein von der Polizei lange geachteter Verbrecher. Zur Anwerbung von Streikbrechern war er den Unternehmern jedoch gut genug. Zur Aufrechterhaltung der nicht gestörten Ruhe haben die Behörden zahlreiche Gendarmen herangezogen. Die Streikenden verhalten sich musterhaft.

**Ziegelarbeiterstreik in Köslin.** In sämtlichen Ziegeleien Köslins haben die Ziegelarbeiter die Arbeit niedergelegt. Die Ziegler fordern die Aufhebung der üblichen 5 prozentigen Mehrleistung auf 1000 Steine; die Ziegler müßten etwa 175 Steine täglich an die Besitzer abliefern, wofür kein Pfennig bezahlt würde. Die Arbeiter forderten ferner 5 Pfg. Lohnzuschlag auf je 1000 Steine, der erst nächstes Jahr in Kraft treten sollte. Die Unternehmer wollten die 5 Pfg. Zuschlag zahlen, nicht aber die 5 Prozent Mehrarbeit fallen lassen. Weil keine Einigung erzielt wurde, legten sämtliche Ziegler die Arbeit nieder.

**Straßenbahnstreik in Rom.** Das gesamte Personal der elektrischen Straßenbahngesellschaft ist am Montag Morgen plötzlich in den Streik eingetreten. Dieser Streikbeschluss fand den städtischen Behörden ganz unerwartet. Der gesamte Verkehr in den Straßen Roms stockt vollständig. Gerade in diesem Augenblick, in dem in Rom der internationale Pflanzkongress tagt und sich in Rom Tausende von Fremden befinden, trifft diese VerkehrsEinstellung die Stadt ganz besonders schwer.

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 9. Mai.

### Geschichtskalender.

10. Mai.

1884 Zweite Verändingung des Sozialistengesetzes.

### Arbeiterfrauen und Mädchen!

Im Laufe dieser Woche werden in Breslau zwei weitere öffentliche Frauen-Versammlungen abgehalten, in denen Frau Marie Greifenberg aus Berlin sprechen wird,

am Donnerstag bei Milde, Gräbchenstr. 74,  
am Freitag im „Ballhof“, Schiefwerderplatz 12.  
Genossinnen, sorgt für guten Besuch!

### Zur Aussperrung der Steinicker und Kammer

In Schlossen wird uns berichtet, daß die Arbeiter nach wie vor geschlossen haken. Anders ist es auf der Seite des Arbeitgeberbundes, der zu einer Herabsetzung seiner Löhne überzugehen scheint. Daß das wahrscheinlich ist, beweisen die kampfhaften Bemühungen der einzelnen Unternehmer um Arbeitskräfte. Man will die Aussperrung, die dank unserer vorzüglichen Organisation und der weiteren Haltung unserer Kollegen, den Mitgliedern des Arbeitgeberbundes so sehr auf die Nerven gefallen ist, stillschweigend aufheben und dazu übergehen, die Arbeitnehmer als Streikbrecher heranzuziehen. Aber auch dabei machen die Unternehmer die Rechnung ohne unsere Kollegen. So laßt zum Beispiel Herr Mohr a. Pflanzungsarbeiten in Wäldchen von zwei Arbeitswilligen ausführen, ohne den Beschluß des Arbeitgeberbundes hochzuhalten, der besagt, daß für jeden arbeitenden Steinicker und Kammer ob er organisiert oder nicht, drei Tag 100 Mark Konventionalstrafe zu zahlen sind. Des weiteren verhält der Herr durch seinen Vorgesetzten unsern Kollegen glaubhaft zu machen, wenn er den geforderten Lohn zahle, könne den Steinickern niemand etwas anhaben. Wir sind anderer Meinung. Für uns handelt es sich um die Unterdrückung unter den Tarifvertrag, wenn sie geleistet wird, stehen dem Herrn K. jederzeit Steinicker und Kammer zur Verfügung. Auf eine Anfrage beim Vorsitzenden des Arbeitgeberbundes darüber, daß die einzelnen Herren ihren eigenen Beschluß nicht innehalten und Arbeitskräfte einstellen, antwortete er, daß er nicht genaug informiert sei.

Die Leitung der Breslauer Steinicker und Kammer sieht sich veranlaßt, folgende Fälle der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Ein städtischer Beamter, es ist Herr Straßmeister Lunde, (Bezirk Schelling) versucht Steinicker einzustellen und erklärt ihnen, sie könnten ja nach der Aussperrung bei der Firma Kupke fort weiter arbeiten. Eine Weisung über Herrn Lunde ist dem Magistrat von unserer Seite übermittelt worden: ob sie Erfolg hat, wird die Zukunft lehren. Ein anderer Vorfall in der. Nachdem der Steinicker der Gasanstalt I erlaubt war, beorderte ein Betriebsbeamter einen ungelehrten Arbeiter zu Pflanzungsarbeiten und erklärte ihm: „Wenn Sie das nicht können oder nicht wollen, so ist für Sie keine Arbeit vorhanden.“ Der Arbeiter ist dem Befehl des Beamten nachgekommen und pflanzte nun feste daratlos. Wir fragen nun, wenn diese Beamten ein Interesse am Fortgang der Arbeiten haben, warum wenden sie sich nicht an ihre vorgelegte Behörde, damit diese dann das weitere veranlaßt? Oder sollten wir uns künften?

Es ist heute ganz unzweifelhaft erwiesen, daß die Aussperrung ein leichtfertiges Spiel von wenigen Schmarckern ist. Damit ist auch bewiesen, daß nur wenige Mitglieder des Arbeitgeberbundes die halsbrecherischen Experimente mitgemacht haben, und es wäre Vergewundung von Truderschwärze, wollten wir noch einmal alles wiederholen und wiederholen, was an unwahren Behauptungen von den Arbeitgebern in die bürgerlichen Blätter gebracht worden ist.

Die Aussperrten lassen sich nicht betren und sehen mit der größten Ruhe und Gelassenheit der Dinge entgegen, die da kommen sollen.

## Die internationale Hygieneausstellung.

Dresden, 6. Mai 1911.

Am Sonnabend ist die vielgenannte und vielumstrittene Internationale Hygieneausstellung hier in Dresden eröffnet worden. Die Arbeiterchaft hat dieser bedeutungsvollen Veranstaltung von Anfang an viel Interesse und Sympathie entgegengebracht. Wenn in den letzten Wochen nun darin ein Umstich eingetreten ist, hat das die Ausstellungselbst selbst verschuldet, die zu der geplanten Gemeinheitsausstellung eine ganz unverständliche Haltung eingenommen hat, indem sie allerdings unter dem Druck der Regierung und der Industriellen diese Ausstellung unmöglich machte, zu der sie erst selbst die Anregung gegeben hat. Infolgedessen haben Gewerkschaften und Konsumvereine ganz auf die Beteiligung an der Ausstellung verzichtet. Für die Arbeiter hat die Veranstaltung dadurch an Bedeutung wesentlich verloren. So scharf es zu betonen ist, daß Regierung und Ausstellungselbst sich geschult haben, die schlimmen Folgen der gesundheitsschädlichen Ausbeutung zu veranschaulichen und sich in der Hauptsache darauf beschränken, die sogenannten Erzeugnisse auf dem Gebiete der Gesundheitspflege zu veranschaulichen, die zum größten Teile der praktischen Anwendung noch lange harren können, so kann doch nicht geleugnet werden, daß diese Hygieneausstellung in ihrer unermesslichen Fülle die Gesundheitspflege in allen Einzelheiten veranschaulicht und Anregungen nach den verschiedensten Richtungen gibt. Schon ein erster Rundgang zeigt, daß wir es mit einer Veranstaltung von weittragender kultureller Bedeutung zu tun haben, die weitgehend alle bisherigen Ausstellungen dieser Art bei weitem übertrifft, wenn sie auch in einzelnen Abteilungen enttäuscht.

Wenn man betrachtet, erweckt die Ausstellung einen vorzüglichen Eindruck. Auf einer Fläche von 32.000 Quadratmetern erheben sich zwischen dem prächtigen Baumbestande des großen Gartens und des eigenartigen Ausstellungsgeländes mehr als 50 Neubauten von zum Teil großer Ausdehnung. In einfachen Formen ragen die weißen Wände auf zu den großen grünen Dächern und geben im einheitlichen Stil ein Gesamtbild von monumentaler Wirkung. Nur die zwischen den Räumen der Geruldes-Allee stehenden Häuser der auswärtigen Staaten, die fast vollständig vertreten sind, weichen im Stile der einzelnen Länder erheblich, von dem Gesamtbild ab. Nach der Ausdehnung und der Fülle des Gebotenen könnte man die Ausstellung schon als Weltausstellung bezeichnen, wird doch auch behauptet, daß sie umfangreicher sei als die jüngste Weltausstellung in Brüssel.

Eine offene imposante Säulenhalle eröffnet den Hauptzugang, der uns zunächst nach dem Ausstellungsplatze führt, der

von imposanten Ausstellungsgebäuden umgeben wird, von denen zunächst ein mächtiger, hochstrebender Rundbau in die Augen fällt, der den großen Ausstellungsplatz beherrscht. „Der Mensch“ — so steht in großen goldenen Buchstaben hoch über einer von Säulen umfaknten Vorhalle. Es ist dies die populäre Ausstellung und wenigstens für den Laien der Glanz der Veranstaltung. Hier finden wir alles in vorzüglichster Einteilung und systematischer Gliederung vereinigt, was mit dem Menschen direkt zusammenhängt. In allen seinen Teilen bis in die kleinsten, nur mikroskopisch erkennbaren Einzelheiten wird hier der menschliche Körper zumeist durch gediegen ausgeführte Modelle und Präparate veranschaulicht, ebenso die Lebensfunktionen des Menschen, wie Kreislauf des Blutes, die Vorgänge der Ernährung und Verdauung, der verschiedenen Bewegung und ihr Einfluß auf den Stoffverbrauch. In erdrückender Fülle und doch hermetisch abgeschlossen sind die Krankheiten des Menschen dargestellt, besonders auch die schädlichen Einflüsse der Berufsarbeiten. Die Nahrungsmittel und ihr Nährwert, die Kleidung, die Wohnung, Wasserreinigung, die Bekämpfung der gesundheitlichen Einflüsse, Kinderpflege, Krankenpflege, Körperpflege — das alles und noch manches andere ist durch bildliche und statische Darstellungen, interessante Modelle und auf andere Arten veranschaulicht. Dieser große Rundbau umfaßt eine Ausstellung für sich, zu deren Besichtigung allein mehrere Tage nötig sind, wenn sie einigermaßen eingehend sein soll.

Was diese populäre Ausstellung „Der Mensch“ bietet, wird zum Teil in anderen Abteilungen umfassender und noch arena wissenschaftlichen Grundrissen geordnet erneut wieder. Durch eine Unmenge Präparate wird veranschaulicht, welche Veränderungen die einzelnen Krankheiten in den einzelnen Körperstellen des Menschen betreffen. Da sehen wir, fast vergrößert, die Bakterien und ihre zerstörende Tätigkeit im Menschen; eine große Zahl Mikroskope ermöglichen dem Besucher, die verschiedenen Schädlinge selbst zu sehen. Lange Gänge und rechte Hallen haben die Ausstellung für Infektionskrankheiten ausgenommen, die in Unterabteilungen die Krankheitserscheinungen von Typhus, Genickstarre, Infuenza, Tuberkulose, Pest, Cholera, Krebs und vielen anderen aufsteckenden Krankheiten vor Augen führen. Dieser Abteilung schließt sich die Gruppe der Geschlechtskrankheiten an, wo unter anderem auch die schrecklichen Folgen der Syphilis und die heilende Wirkung von Frisches Gata, andererseits aber auch die Schäden des Gichtmittelmissbrauchs und des Kumpfsucheriums veranschaulicht sind. Zahnpflege und Zahnerkrankungen sind durch interessante bildliche Darstellungen und Wachsmodelle veranschaulicht, dasselbe gilt auch von der Körperpflege und Erkrankungen anderer Art.

(Schluß folgt.)

## Kunst, Wissenschaft und Technik.

Der Brief Luthers an Kaiser Karl V., über dessen Verkauf an den Beauftragten des Papsttont Morgan dieser Tage in der „Volkswacht“ berichtet wurde, ist lange bekannt und veröffentlicht. Luther hat ihn am 28. April 1521 auf der Rückreise von Worms in Friedberg abgehandelt und zwar in lateinischer Sprache. Bald darauf wurde er, wahrscheinlich von Luther selbst, in das Deutsche überseht. Er ist mehrfach gedruckt worden, so in de Wette-Seidemanns „L. Martin Luthers Briefe, Sendschreiben usw.“, Band 6, pag. 20-25, und in „L. Martin Luthers Briefwechsel“, ed. Enders, Bd. 3, pag. 129-135. Es ist einer der wenigen Briefe des Reformators, die sich in Privatbesitz befinden. Im Jahre 1856 war er nach Seidemanns Mitteilung im Besitz des Herrn Domherrn Hofrat J. G. Keil in Leipzig. Welche Schicksale der Lutherbrief seitdem durchgemacht, bis er jetzt in die Hände des amerikanischen Milliardärs fiel, ist unbekannt. Es sind in den letzten zwanzig Jahren neben vielen Kunstfachen eine große Menge von Drucken und Handschriften aus der Reformationszeit der recht verständnislosen Sammelwut amerikantischer Goldkönige zum Opfer gefallen und damit der Wissenschaft Europas wohl für immer verloren. Private Mittel werden in Deutschland bei derartigen Ankäufen mit amerikantischen Vermögen nur selten in Wettbewerb treten können. Mithilfe läßt sich nur dadurch schaffen, daß ein Geseh die Auslieferung wertvoller Werke der Kunst und Wissenschaft anordnet, wie das in Italien der Fall ist und daß der Staat freis die Mittel bereit haben muß, solche Schätze der Wissenschaft zu erwerben, wenn irgend ein Besitzer damit Geschäfte machen will. Noch besser wäre allerdings ein Geseh, das die wucherische Spekulation mit Kunstwerken und historischen Dokumenten überhaupt unmöglich macht.

Die Kometen — eine optische Täuschung? Das hatte nur noch gefehlt, hätte aber eigentlich früher kommen sollen! Wenn wirklich viele Leute sich im vorigen Jahr um den Bestand der Erde und damit um ihr eigenes kostbares Leben gekümmert haben, weil sie von dem Zusammenstoß des Halley'schen Kometen mit der Erde die Zerstörung unseres Weltkörpers befürchteten, welche Erlösung wäre es dann gewesen, wenn jemand überzeugend nachgewiesen hätte, daß es ein solches Ding wie den Halley'schen Kometen und die Kometen überhaupt gar nicht gibt. Mit dieser Zweifelt rückt jetzt ein italienischer Astronom Amelint in den „Astronomischen Nachrichten“ heraus. Er veröffentlicht 15 Photographien, die eine verblüffende Ähnlichkeit mit photographischen Aufnahmen von Kometen besitzen, und zwar mit den verschiedensten Formen, die sie jedem



# Neueste Nachrichten.

Alle — außer den Konservativen?

**Berlin, 9. Mai.** Während der Plenarsitzung im Reichstage hatten gestern die führenden Kommissionsmitglieder der Parteien eine Besprechung über die noch schwebenden Fragen der elfjährigen Reichsverfassungsvorlage. Alle Parteien waren an dieser Besprechung vertreten bis auf die Konservativen und die Wirtschaftliche Vereinigung. Die anwesenden Vertreter einigten sich im wesentlichen darauf, daß an der Zahl 60 der zu wählenden Abgeordneten für die zweite Kammer festzuhalten sei. Jeder Abgeordnete soll in einem besonderen Wahlkreis gewählt werden. Auch für die erste Kammer wird im wesentlichen die Zusammensetzung beibehalten, die schon die Regierungsvorlage vorschlug. Das Pluralwahlrecht ist noch umstritten, weil die Fortschrittler sich weigern, zwei Mehrstimmen zu bewilligen. Man hofft mit einer Pluralwahlstimme nach vollendetem 40. Lebensjahre ein Kompromiß auch in dieser Frage zu erzielen.

## Soldatenelbstmorde.

**Berlin, 9. Mai.** Am Spandauer See erschloß sich gestern Abend der Kanonier Schotticher vom vierten Artillerieregiment Nr. 3 mit seinem Dienstgewehr. Die Kugel drang dem Soldaten in die Lunge und hatte den sofortigen Tod zur Folge. Was den Soldaten in den Tod getrieben hat, ist noch nicht bekannt.

**Magdeburg, 9. Mai.** Ein Musketter vom 26. Infanterieregiment erschloß sich gestern, angeblich aus Liebeskummer, mit seinem Dienstgewehr.

## Generalversammlung der Partei Freisinnige.

**Köln, 9. Mai.** Eine Generalversammlung der nationalliberalen Partei fand gestern in Köln statt. Der für das Referat vorgesehene Reichstagsabgeordnete Führmann war erkrankt und an seiner Stelle sprach der preussische Landtagsabgeordnete Dr. Lohmann über: Die Nationalliberalen im nächsten Reichstagswahlkampf. Er stellte am Schlusse seiner beifälligen ausgenommenen Ausführungen fest, daß die Partei ausführe, das Wahlbündnis mit der fortschrittlichen Volkspartei entspreche nur einem alten politischen Klugheit, aber es schade auch nichts, wenn man in einzelnen wesentlichen Fällen sich mit den Konservativen zusammenziele, umso mehr, als eine weitere Wiedervereinigung und Verbilligung mit den Konservativen, obwohl der Kampf scharf durchgeführt werden dürfte, eine vaterländische Notwendigkeit sei. — Na also!

## Cholera.

**Marienburg, 9. Mai.** Auf dem Gute Kalkhofen, in der Nähe von Marienburg, ist eine Person unter choleraverdächtigen Symptomen erkrankt. Sie wurde sofort isoliert und nach dem Marienburger Krankenhaus gebracht. Alle Vorsichtsmaßregeln sind sofort von der Aufsichtsbehörde getroffen worden, um eine Verschleppung dieser furchterlichen Seuche zu verhindern. Vor-sichtshalber sind zehn weitere Personen, die mit dem Erkrankten zusammen hatten oder in seiner Nähe waren, auch sofort nach dem Krankenhaus in Marienburg überführt worden. Sie verbleiben hier, bis sie sich einer gründlichen Beobachtung unterzogen haben.

## Erfolge in der Schweiz.

**Basel, 7. Mai.** Bei den Neuwahlen wurden als Regierungsräte gewählt: Mangold (freis.), Speiser (lib.), Buchardt (lib.), Wullschläger (Soz.), Blocher (Soz.); zwei Stichwahlen mußten stattfinden.

In den Großen Rat wurden gewählt: 36 Freisinnige, 23 Liberale, 47 Sozialdemokraten, 6 Fortschrittliche Bürgerpartei, 17 Katholiken, 1 Männerverein. Die Freisinnigen verlierten 5, die Liberale 4 Sitze, die Demokraten 1 Sitz, die Sozialdemokraten gewannen 4 Sitze. Die Fortschrittliche Bürgerpartei (neu) erhält 6 Sitze.

## Aus Marokko.

**Paris, 9. Mai.** Einer privaten Drahtmeldung aus Calablanca zufolge befindet sich Vaulard schon seit einigen Tagen andauernd in blutigen Gesechten mit den Marokkanern. Schritt für Schritt erkämpft sich die Kolonne gegen den jähren Feind, der ihn schon seit reichlich drei Tagen in Atem hält. Das blutige Gesecht, das Vaulard mit seiner tapferen Kolonne gegen die Marokkaner zu bestehen hatte, fand vorgerückt zwischen den beiden Orten Knitra und Galla Jto und in der ganzen Gegend nördlich von diesen beiden Orten statt. Aus diesem Gesechte geht unzweifelhaft hervor, daß trotz aller Hindernisse, die sich dieser Kolonne entgegenstellten, doch der Vormarsch derselben angetreten worden ist und vorwärts geht.

## Unfall zweier Aviatiker.

**Paris, 9. Mai.** Auf dem Flugfelde Gyr stürzten gestern die beiden Aviatiker Leutnant Bander und Leutnant Loder mit einem Farmanzweidecker ab. Trotz des ziemlich gefährlichen Sturzes blieb Leutnant Bander unverletzt, während Leutnant Loder daran in hoffnungslosem Zustande ins Hospital schaffen mußte.

**Berlin, 9. Mai.** Beim Anlegen eines Brunnens sind in einer Laubkolonie im Norden der Stadt Berlin zwei Arbeiter von den Erdmassen verschüttet worden. Der sofort herbeigerufenen Feuerwehr gelang es nach zweifelhafte energischer Arbeit, die Verschütteten zu befreien; leider war der eine von den beiden Verschütteten bereits tot, der andere ist nur leicht verletzt und dürfte bald wieder hergestellt sein.

**London, 9. Mai.** Der Dampfer „King“ bogte bei dichtem Nebel den Glasgower Passagierdampfer „Quenshyle“ im Narmelkanal in den Grund. Die Mannschaft der „Quenshyle“, die in die größte Lebensgefahr gerieth, konnte vollständig von dem Dampfer „King“ aufgenommen werden. Sie wurde in Swansea gelandet. Der Dampfer „Quenshyle“ war jedoch so schnell und in so kurzer Zeit vollständig gesunken, daß die Mannschaft samt und sonders nur ihr nacktes Leben mit größter Mühe retten konnte. Die Schiffsabwracken befinden sich völlig mittellos in Swansea.

## Wasserstands-Nachrichten der Ober.

Ort	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand
9. 5. 1911	104,37	104,37	104,37	104,37	104,37	104,37	104,37	104,37	104,37
8. 5. 1911	104,37	104,37	104,37	104,37	104,37	104,37	104,37	104,37	104,37

## Berichtungen und Vereine.

**Berlin, 9. Mai.** Mittwochs, den 10. Mai: Transportarbeiter. Versammlung im großen Saal. Bäcker-Verein. Mitgliederversammlung, Abends 7 1/2 Uhr, im Stillardzimmer. Arbeiter-Radfahrer-Verein. Versammlung im Zimmer 1. Gewerkschaften-Verein. Versammlung im Zimmer 2.

**Wesbaden** wurde eine silberne Damenuhr, zwei Broschen, ein Damengürtelschloß, zwei Ringe, drei Thermometer, ein Portemonnaie mit Inhalt, ein Schlüssel, ein silberner Kettenanhänger, ein Plättchen, eine silberne Damenuhr mit Kette, ein Damengürtel, fünf Meter Seidenband und eine schwarze Aktentasche.

## Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

**Waldburg, 9. Mai.** Streit der Straßenbahner. Der ganze hiesige Kreis steht im Zeichen des Ausfluges der Straßenbahner. Das Stadtbild ist völlig verändert, seit Sonntag Morgen saßen nicht mehr die blauen Wagen der Elektrischen durch den Kreis. Der Streit kam überraschend schnell. Noch am Sonnabend glaubten die Angehörigen, daß ihre beabsichtigten Forderungen, die sich in der Hauptsache auf Lohnregelung und Verkürzung der zwölfstündigen Arbeitszeit auf zehn Stunden bezogen, bewilligt würden. Aber am Sonntag Abend lehnte der Direktor der „Nieder-schlesischen Straßenbahngesellschaft“, Herr Fethke, jede Verhandlung mit den Organisationsleitern ab und verweigerte sogar entschieden eine Erklärung darüber, daß Maßregelungen der Vertrauensleute nicht stattfinden mögen. In der Nacht zum Sonntag beschloß darauf das Fahrpersonal und die Werk-arbeiter einstimmig den Streik und am Sonntag Morgen fuhr zur größten Ueberraschung der Einwohner kein einziger Straßenbahnwagen; bis heute ruht der Betrieb noch völlig. Es sind im Ganzen 56 Fahrer und Schaffner, 35 Heizer und Maschinisten und über 40 Hilfsarbeiter am Streik beteiligt. Die Direktion sucht Streikbrecher an sich zu locken mit dem Versprechen, ihnen während der Dauer des Streiks eine Lohnerhöhung von 50 Proz. gegenüber den bisherigen Löhnen zu geben. Es haben sich bisher nur wenige Streikbrecher gefunden und von diesen Leuten haben sich am Montag bereits wieder die Streitenden angeschlossen.

Zu den Forderungen der Streitenden ist zu bemerken, daß sie durchaus berechtigt sind und eigentlich noch gar nicht das Mindestmaß dessen darstellen, was ein Arbeiter zum Lebensunterhalt eigentlich braucht. Eine von der Organisation aufgenommene Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei den deutschen Straßenbahnen, an der achtzig Orte beteiligt sind, zeigt, daß Waldburg an 77. Stelle steht! Also nur bei drei Straßenbahngesellschaften sind die Verhältnisse noch schlechter, wie in Waldburg. Während der fünfjährige Durchschnittslohn eines Fahrers in Wünnchen zum Beispiel 1798 Mark beträgt, besitzet sich derselbe Durchschnittslohn bei einem Waldburger Fahrer auf nur 1092 Mark!

Fahrpersonal und Werkarbeiter sind alle im Transportarbeiterverband, im Verband der Heizer und Maschinisten und im Metallarbeiterverband organisiert und sind von bester Stimmung besetzt. Auch die Sympathien des Publikums stehen auf Seiten der Streitenden.

**Loßen, Kr. Briesg, den 9. Mai.** Raubanfall. Während des heftigen Gewitters in der Nacht von Freitag zu Sonnabend drang ein hier früher in Dienst stehender Knecht in die Wohnung des Viehtrügers Sch. ein. Er stieg durch ein offen stehendes Fenster in die Küche und begab sich von hier aus in das Schlafzimmer. Der Viehträger erwachte durch ein Geräusch und gewahrte den Eindringling, der ihn mit einem langen Messer bedrohte. Er fing an zu schreien, wodurch auch die Frau erwachte, und das veranlaßte den Eindringling, zu fliehen. Er wurde später von Arbeitern auf dem Wahnhof festgenommen. Man fand bei ihm einen Säbel, ein langes Messer und eine Taschenlampe, die er aus der Wohnung des Viehtrügers mitgenommen hatte. Der inzwischen herbeigerufene Gendarm brachte den Eindringling nach Löwen.

**Siegen, 9. Mai.** Aus dem vierten Stockwerk gestürzt ist am Montag gegen Mittag die Wilhelmstraße 13 wohnende 46 Jahre alte Tischlermeisterin Wädler. Sie blieb mit geschnittenem Schädel tot auf dem gepflasterten Hofe liegen. Die Ursache ist noch nicht ermittelt.

**Sagan, 9. Mai.** Zwei Geschwister ertranken. Zwei Unglücksfälle mit tödlichem Ausgange ereigneten sich Montag hier. Am Nachmittag verließen die beiden Kinder des Arbeiters Kunzendorf, im Alter von 4 und 2 Jahren, die elterliche Wohnung ohne Wissen der Mutter und liefen auf eine Wiese an der Deichs, um Blumen zu pflücken. Das kleinste Kind stürzte ins Wasser und das größere teilte bei dem Versuche, es zu retten, sein Schicksal. Beide ertranken und wurden an der Promenade tot aus der Deichs gezogen. Als man die geängstigte Mutter, die ihre Kinder schon überall vergeblich gesucht hatte, brachte die bedauernswerte Frau ohnmächtig zusammen.

**Glogau, 9. Mai.** Mit was für Kleinigkeiten sich die Gerichte beschäftigen müssen. Der Landbriefträger Robert Storch aus Schönau hiesigen Kreises war im Januar d. Jz. auf seinem Botengange von Schönau nach Wahnhof Klein-Schirne bei tiefem Schnee von Wege abgewichen und hatte die Saat des Dominikus-Klein-Schirne betreten. Der Güterverwalter Schiller des Dominikus-Klein-Schirne hatte diese kleine Uebertretung des Briefträgers beobachtet, und durch seinen Strafantrag erwirkte er, daß der Briefträger in eine Polizeistraf von 1 Mark genommen wurde. Storch hat gegen das Strafmandat Berufung eingelegt. Der Gerichtshof vertrat die Ansicht, daß dem Postboten bei hohem Schnee auch das Betreten von bestellten Feldern dienlich gestattet sein müsse, weswegen das erste Urteil aufgehoben und der Briefträger freigesprochen wurde.

Etwas Kleinlicheres gibt es wohl kaum noch, als die Handlungswiese dieses Güterverwalters. Mit einer solchen Lappalie müssen sich die Gerichte beschäftigen und die Steuerzahler die Kosten bezahlen.

**Janer, 9. Mai.** Tödlicher Unglücksfall eines Kindes. Freitag Abend verunglückte in Kolbnitz das dreijährige Kind des Ober-schweizers auf dem dortigen Dominium tödlich, indem es beim Versuch, ein von einer Düngracke ergriffen wurde. Leider bemerkte man das Kind in seiner hilflosen Lage zu spät, so daß bei seinem Auffinden der Tod schon eingetreten war. Es ist dies innerhalb 4 Wochen schon der zweite tödliche Unglücksfall auf dem Dominium.

**Posen, 9. Mai.** Eisenbahnunfall. Am Freitag Abend fuhr in Kreuz Gillerzug Nr. 6314 bei der Einfahrt auf den auf Gleis 4 stehenden Güterzug 6208 infolge falscher Einfahrtserlaubnis auf. Der Güterwagen und zwei mit Eisenbahn beladene Güterwagen wurden zerrüttet. Ein leeres Wagen entgleiste. Die Lokomotive wurde ein wenig beschädigt. Der Beifahrer konnte unverletzt erhalten werden. Zwei Schaffner wurden verletzt, jedoch nicht lebensgefährlich. Die Aufwärtungsarbeiten wurden eingeleitet.

**Bromberg, 9. Mai.** Selbstmord eines Unter-offiziers. Der Unteroffizier Bante vom 14. Inf.-Reg. in Bromberg verübte gestern in Schneidemühl Stadtport mit seinem Dienstgewehr Selbstmord durch Erschießen, weil ihm ein Referat, den er von einer Ehrengeschäftlichen Verhandlung aus Stettin nach Bromberg zurücktransportieren sollte, auf dem Stettiner Bahnhofe entzogen war.

**Der astronomische Vortrag mit Lichtbildern** findet, worauf wir noch einmal aufmerksam machen wollen, Dienstag Abend 8 Uhr im Gewerkschaftshause statt. Karten sind noch Abends im Saale zu haben.

**Die direkten Steuern in Breslau.** Für den Stadtkreis Breslau beträgt 1911 das endgültige Steuerfoll aus der Staatseinkommensteuer 7 049 393 Mk., der staatliche Steuerzuschlag 1 181 218,40 Mk., zusammen also 8 240 611,40 Mk. Es kommen noch hinzu an Ergänzungssteuer (Vermögenssteuer) 911 518,20 Mk., Steuerzuschlag 226 480 Mk. Im ganzen sollen an Staatseinkommensteuer und Ergänzungssteuer mit Zuschlägen 9 319 264 Mk. erhoben werden, gegen 1910 mehr 484 149,40 Mk.

**Intelligenz-Prüfungen an Schulkindern.** In diesem Schuljahre werden an Schülern und Schulkinder der Mittels-, Volk- und Hofschulen sogenannte Intelligenzprüfungen in größerem Umfang durch Dr. phil. Hoberlag und Lehrer Seifert vorgenommen werden. Geprüft werden nur Kinder, die sich mit Einwilligung der Eltern freiwillig melden. Die Prüfungen werden an schulfreien Nachmittagen in einem Klassenzimmer der Schule vorgenommen.

**Das schwarze Schwänenpaar im Stadtgraben** zwischen Schweidnitzer- und Graupenstrasse hat auch in diesem Jahre wieder Familienzuwachs erfahren. Es führt seit ein paar Tagen vier Junge spazieren. Im vorigen Jahre waren es deren sechs. Die jungen Schwäne haben eine graugelbliche Farbe und sehen äußerst drollig aus.

**Gewerkschafts-Kartell Breslau.** Freitag, den 12. Mai, Abends 8 Uhr, im Zimmer 2 des Gewerkschaftshauses: Versammlung. Tagesordnung: 1. Abrechnung über das erste Vierteljahr 1911. 2. Die Boh-Lerzeugung des Bäckers. (Referent: Gen. Müller) 3. Anträge und Beschlüsse.

**Achtung, Transportarbeiter!** Mittwoch, den 10. Mai: Mitglieder-Versammlung im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Margaretenstraße 17. Vortrag des Stadterordneten, Gen. Neufried, um vollzähliges Erscheinen erucht die Ortsverwaltung.

**Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Ge-hilfinnen.** Mittwoch, den 10. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Margaretenstraße 17, 1. Stock, Zimmer 3/4, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Die Reichsversicherungsordnung. Referent: Kollege K. Heimert. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Beschlüsse. Beginn der Versammlung Punkt 9 Uhr. — Wegen Revision der Bibliothek sind sämtliche Bücher sofort abzuliefern.

**Achtung, Gelbmalerarbeiten!** Die für heute angelegte Branchenversammlung fällt aus.

**Verstorbene Milch.** Am 27. Oktober 1910 brach in Schönborn bei Breslau die Maul- und Klauenseuche unter den Rühren aus. Nach einer ortspolizeilichen Bestimmung durfte die Milch erkrankter Kühe erst dann in den Handel gebracht werden, wenn sie vorher mindestens unter 90 Grad Hitze abgekocht war. Die Stellenbesitzerin Emilie Glade aus Schönborn war beschuldigt, ungekochte oder wenigstens nicht genügend abgekochte Milch von erkrankten Rühren zum Genuß für Menschen verkauft zu haben. Der als Sachverständiger vernommene Kreisarzt befandte, daß in der beauftragten Milch der Frau Glade die Bakterien und Krankheitskeime nicht abgetötet waren, was sich durch starkes Sieden hätte erreichen lassen. Sie wurde deshalb vom Schöffengericht in Breslau zu 1 Tage Gefängnis verurteilt; doch soll ihr, falls die Auskünfte gut lauten, die Strafe auf dem Gnadenwege erlassen werden.

**Im städtischen Arbeitsnachweis** haben sich im Laufe des Monats April 963 männliche Arbeitskräfte gemeldet, während nur 816 offene Stellen überhaupt vorhanden waren. 709 Arbeitskräfte, zumeist Arbeiter, Burshen, Haushälter, Kutscher und 3 Handwerker wurden untergebracht. An weiblichen Arbeitskräften boten sich 327 an; sie wurden in den 1147 überhaupt vorhandenen offenen Stellen 871 mal untergebracht und zwar 755 mal Arbeits-, Wasch- und Scheuerfrauen und 94 Bedienungsfrauen. Ferner fanden Beschäftigung: 10 Dienst- und Kinder-mädchen, 8 Mäherinnen und 4 Plätterinnen.

**Der Hundebau im Jahre 1910.** In dem 241 Fang-tage umfassenden Zeitraum (26. März 1910 bis 25. März 1911) sind in Breslau 443 Hunde gefangen worden; davon waren 73 ohne Maulkorb, 169 ohne Marke und 201 ohne Maulkorb und Marke. Abgeholt wurden auf Ersuchen des Einzugsamtes 35 Hunde, auf Ersuchen der Promenadenverwaltung 8 Hunde. Von den gefangenen Hunden wurden 52 getötet, weil sie nicht eingelöst wurden, 14 wurden wegen rückständiger Steuern getötet. Die Gebühreneinnahmen betragen 1157,50 Mk., davon kamen auf die Stadt 967 Mk., auf den Feingebanten 190,50 Mk.

**Ein Kind aus dem Fenster gestürzt.** Montag Abend zu der achten Stunde stürzte der sieben Jahre alte Sohn eines Malergehilfen Orange, Lervaldstraße 8, aus dem Fenster bei Wohnung im vierten Stock. Das Kind, dessen Eltern abwesend waren, hatte sich auf ein vor dem Fenster angebrachtes Blumenbrett gelegt, das nachgab und mit dem Knaben in die Tiefe auf den Bürgersteig stürzte. Das Kind wurde schwer verletzt in das Wenzel Handelse Krankenhaus geschafft, nachdem ihm vorher Sanitätsmannschaften der Feuerwehr einen Notverband angelegt hatten.

Wie uns auf Anfrage im Krankenhaus mitgeteilt wird, ist der kleine Orange kurz nach seiner Einlieferung, nachdem er nur noch wenige Worte hat sprechen können, an den Folgen innerer Verblutung gestorben.

**Schwerer Straßenanfall.** Am Montag Vormittag gegen 10 1/2 Uhr ereignete sich auf der Trebnitzer Straße an der Bahnüberführung ein schwerer Unfall. Der Goldbildhauer Gustav Bachmann, Schiefwerderstraße 89, kam auf seinem Fahrrad die Trebnitzer Straße entlang nach der Ueberführung zu ziemlich schnell dahergefahren, während ihm ein Kollwagen entgegenkam, der gerade in dem Augenblick ein anderes Fahrzeug überholen wollte, als der Radfahrer an ihm vorbeifuhr. Der Radfahrer wurde von den Pferden umgerissen und geriet unter ein Vorderrad, das gerade über ihm stehen blieb, da in diesem Augenblick ein Pferd des Gespannes stürzte. Es mußten erst Feuerwehrmannschaften herbeigerufen werden, die den Wagen hoben, um den Verunglückten unter dem Rade hervorzuholen. Er wurde zunächst nach der Feuerwache auf der Glinzstraße gebracht und nach Anlegung von Notverbänden mittels Drosche in seine Wohnung geschafft. Das Fahrrad wurde vollständig zerrumpelt, das gestürzte Pferd erlitt schwere Verletzungen.

**Durch ein Privatautomobil überfahren** wurde Montag Mittags auf der Gartenstraße ein Hotelbedienter, der schwere Schulterverletzungen erlitt und im Krankenwagen ins Wenzel Hande-Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

**Einem einem Schützling des Schützenvereins** und schwer verletzt wurde am Montag Vormittag auf der Matyasstraße, Ecke Herzogstraße, ein etwa vier Jahre altes Mädchen, dessen Eltern Herzogstraße 29 wohnen. Es wollte mit seiner etwas älteren Schwester den Fahrdamm überschreiten und bemerkte dabei nicht, daß ein Wagen daherkam, der es erfaßte, zu Falle brachte und überfuhr. Das Kind wurde schwer verletzt in das Augustahospital eingeliefert, wo es inzwischen verstorben ist.

**Diebstahl beim Begräbnis.** Auf dem evangelischen Friedhofe von St. Trinitas in Gröbchen wurde am 8. Mai bei einer Beerdigung einer Frau des Trauergefolges ihr Kassebender Pompador, den sie am Arm hängen hatte, abgehoben und gestohlen. Im Pompador waren ein Damenportemonnaie enthaltend 6-7 Mark Geld, zwei Entzweiungsfächer und Zigaretten.



Deutscher Reichstag.

169. Sitzung. Montag, den 8. Mai, Mittags 12 Uhr.

Am Bundesratsstische: Delbrück. Die Beratung der

Reichsversicherungsordnung

wird fortgesetzt. Der Antrag Albrecht und Genossen, § 181 der Vorlage wieder herzustellen, wonach die Versicherungspflicht statutarisch auf Familienmitglieder des Arbeitgebers ausgedehnt werden kann, die in seinem Betriebe ohne Entgelt und Arbeitsvertrag tätig sind, wird abgelehnt.

§ 182 bezieht den Bundesrat, zu bestimmen, wie weit vorübergehende Dienstleistungen versicherungsfrei bleiben.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.): Wir beantragen, hinter Dienstleistungen einzuschließen, die nicht über eine Woche hinausgehen. Wir wollen dadurch verhindern, daß dadurch versicherungspflichtige Arbeiter, namentlich in der Landwirtschaft, von der Versicherungsspflicht ausgenommen werden.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt.

§ 183 läßt die in Reichs-, Staats- und Gemeindebetrieben tätigen Arbeiter versicherungsfrei, wenn ihnen gegen ihren Arbeitgeber ein Anspruch zusteht, der mindestens der Regelleistung der Krankentassen entspricht. Die Abgeordneten Albrecht und Genossen (Soz.) beantragen statt dessen zu sagen: der mindestens den jagungsmäßigen Leistungen der maßgebenden Krankentasse gleichwertig ist.

Abg. Sebering (Soz.) (bleibt bei der großen Unruhe, die besonders rechts herrscht, zunächst unverständlich): Ich bitte um Entschuldigung, meine Herren, wenn ich Ihre Privatgespräche in die Unruhe andauere, schweigt der Redner.)

Präsident Graf Schwerin: Sind Sie fertig?

Abg. Sebering (Soz.): Nein, ich will nur warten, bis die Herren sich etwas beruhigt haben. (Sehr gut! b. d. Soz.) Von hoher Stelle fiel einmal das Wort: die Staatsbetriebe sollen Musterbetriebe sein. Das soll doch wohl auch in Bezug auf die Krankenversicherung gelten. Zahlreiche Stadtgemeinden zahlen ihren Arbeitern im Krankheitsfalle die Differenz zwischen Krankengeld und Arbeitslohn freiwillig, wir wünschen aber eine gesetzliche Festlegung. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Der Antrag Albrecht wird abgelehnt.

Präsident Graf Schwerin stellt den nächsten Paragraphen zur Diskussion.

Abg. Hoch (Soz.) (zur Geschäftsordnung): Ich bitte den Präsidenten

für etwas mehr Ruhe zu sorgen.

Es ist ganz unmöglich, auch nur ein Wort zu verstehen. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Präsident Graf Schwerin bittet um Ruhe. Ähnlich tritt Ruhe ein, namentlich weil sich die Bänke der bürgerlichen Parteien stark lichten.

Die Abg. Albrecht u. Gen. beantragen, den § 184 zu streichen, nach welchem die oberste Verwaltungsbehörde bestimmen kann, wieweit auch die im Betriebe oder Dienste nicht öffentlicher Körperschaften Tätigen oder Lehrer und Erzieher an nichtöffentlichen Schulen versicherungsfrei sind.

Abg. Höre (Soz.): Der § 184 will namentlich den Wünschen derer entgegenkommen, die es mit ihrer Würde als Reserveoffizier für nicht vereinbar halten, mit Arbeitern zusammen in derselben Kasse versichert zu sein. Wir sollten mit Rücksicht nehmen auf die anderen, denen der Reserveoffizier nichts gilt.

Abg. Dr. Mugdan (Vpt.) spricht sich für Beibehaltung des § 184 aus; das Ermessen der obersten Verwaltungsbehörden sichere vor Mißbrauch der Bestimmungen.

Abg. Wolfenbühler (Soz.): Dies Vertrauen des Vorredners können wir nicht teilen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt.

Weiter beantragen die Abg. Albrecht und Genossen, den § 186 zu streichen, wonach von der Versicherungspflicht auf seinen Antrag befreit wird, wer auf die Dauer nur auf einem geringen Teile arbeitsfähig ist, solange der vorläufig unterstützungspflichtige Armenverband einverstanden ist.

Abg. Hue (Soz.): Dieser Paragraph ist 1892 in das Gesetz hineingekommen. Man meinte damals, die Kosten würden auch durch die Halbinvaliden sehr stark belastet werden. Es hat sich aber gezeigt, daß die Halbinvaliden eine nennenswerte Belastung der Krankentassen nicht darstellen. In dem Paragraphen heißt es recht harmlos, die Halbinvaliden können „auf ihren Antrag“ von der Versicherungspflicht befreit werden. In der Praxis werden

die Berginvaliden

einfach vor die Wahl gestellt, sie von der Versicherungspflicht entbinden zu lassen, oder die Ablehnung zu erhalten. Die Folge dieses Paragraphen wird sein, daß man sämtliche Berginvaliden in die ausgedehnten Heberlagerstätten steckt und sie zwingt, sich von der Versicherungspflicht entbinden zu lassen. In der Kommission meinte ein Regierungsvertreter, es handele sich nur um schwache Personen in den Bergbetrieben, die so beschäftigt werden könnten. Das ist unrichtig, es sind Jehnlausende und Übergehnlauende. Wenn alle diese dann nicht versichert sind, springt der Vorteil für die Unternehmer in die Augen, und das ist auch die Absicht der Bestimmung. In der Kommission sprach ein preussischer Bergbeamter auch von den nicht unerheblichen Pensionen der Bergarbeiter. Sie betragen 80 Pfennig pro Tag. Wer eine solche Versorgung abgeleiteter Bergknappen für nicht unerheblich erklärt, behauptet einen starken Mangel an Mitgefühl für hilfsbedürftige Personen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es kommen auch keineswegs nur ältere Personen in Frage, die Bergleute werden oft so früh Invalide, daß vielfach Leute von kaum 30 Jahren darunter sind. (Hört, hört! bei den Soz.) Wenn sie nicht versichert sind, fallen diese Personen der Armenpflege zur Last, und die Armenlasten in den Bergwerksindustrieregionen sind auch ganz außerordentlich gestiegen. Solche Leute an die Armenkasse zu weisen, ist doch kein würdiger Zustand, es ist ein Skandal. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Man sagt, der § 522 a bietet einen hinreichenden Schutz, weil er bestimmt, daß der Antrag auf Befreiung von der Versicherungspflicht der Zustimmung der Mehrheit, sowohl der Arbeitgeber, als auch der Arbeitnehmervertreter, im Vorhande bedarf. Es gibt aber nur sehr wenige Knappschäftsvereine, in denen die Hälfte der Vorstandsmitglieder Arbeitnehmervertreter sind, in den meisten Fällen sind auch unter denen, die als Arbeitnehmervertreter gelten, solche, die nicht als Arbeitnehmer anerkannt werden, weder von uns, noch von den christlichen Gewerkschaften; es sind das Personen, die durch den kapitalistischen Charakter der Organisation und durch die in den letzten Jahren durch den kapitalistischen Terror gegründeten gelben Vereine eine Vertretung im Vorhande erhalten würden und

ein einziger Weiber.

der sich auf die Seite der Unternehmer schlägt, wozu genügen, eine Mehrheit der Arbeiter unmöglich zu machen. Der § 522 a ist also ein untaugliches oder mindestens unzureichendes Mittel, die Arbeiterinteressen zu schützen. (Zustimmung bei den Soz.)

Abg. Behrens (Vpt.) wünscht die Regelung der Materie im Abschnitt 9, wo die Verhältnisse der Knappschäftsstellen geregelt werden. Im übrigen hält er den § 522 a für eine ausreichende Sicherung, da die Mitglieder der Knappschäftsvereine in allgemeiner Wahl gewählt werden.

Abg. Korfanty (Vole): Da wir die geheime Wahl der Knappschäftsstellen erreicht haben, scheint uns der § 522 a für die Bergarbeiter eine genügende Sicherheit zu geben; aber bedenktlich ist die Bestimmung des § 186 für die Arbeiter der Mäntel- und Eisenwerke und deshalb werden wir für den sozialdemokratischen Antrag stimmen.

Abg. Hue (Soz.): Der Vorredner betont mit Recht, daß den Halbinvaliden der § 522 a gar keinen Schutz gewährt, diese sind in den Vorständen garnicht vertreten und ganz hilflos den Mäntelwerkern ausgeliefert. Die geheime Wahl hält der Vorredner für einen genügenden Schutz bei den Bergarbeitern, aber wenn die Leute gewählt sind, stehen sie auf dem Präsentierteller und werden herausgeworfen, wenn nicht eine starke Organisation hinter ihnen steht. Herrn Behrens mache ich darauf aufmerksam, daß unser Antrag dem einmütigen Willen der organisierten Bergarbeiter aller Richtungen ohne Parteimotivschied entspricht. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Abg. Becker (Vpt.): Die angefochtene Bestimmung wird von vielen Arbeitern gewünscht, damit auch die Invaliden noch Beschäftigung finden. Für die Bergarbeiter enthält der § 522 a eine ausreichende Sicherung.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 186 wird angenommen.

Nach § 186 a sollen auf Antrag des Arbeitgebers von der Versicherungspflicht u. a. auch Personen befreit werden, die bei Arbeitslosigkeit in Arbeiterkolonien oder ähnlichen Wohltätigkeitsanstalten vorübergehend beschäftigt werden.

Abg. Schmidt (Soz.) bestirwortet einen Antrag, wonach diese Glenden der Landstraße nur dann von der Versicherung ausgenommen werden sollen, wenn ihnen sonst ein Anspruch auf Krankenpflege im Erkrankungsfall zusteht.

Der Antrag wird abgelehnt.

§ 190 handelt von der freiwilligen Versicherung, die für Gewerbetreibende u. a. gewisser Art gestattet wird, wenn nicht ihr jährliches Gesamteinkommen 2000 Mk. übersteigt.

Die Säzung der Krankentasse soll das Recht zum Beitritt solcher Personen von einer bestimmten Altersgrenze und von der Vorlegung eines ärztlichen Gesundheitszeugnisses abhängig machen können.

Abg. Hoch (Soz.) tritt für einen Antrag ein, wonach diese Beschränkung des Rechts zum Beitritt durch die Säzung der Krankentasse für Personen nicht gelten soll, die schon unmittelbar vorher einer anderen Krankentasse angehört haben, und wonach die Einkommengrenze von 2000 Mk. gestrichen werden soll.

Unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags wird § 190 angenommen.

Abgelehnt wird auch ein weiterer Antrag Albrecht nach kurzer Begründung durch den Abg. Schmidt (Soz.), der den von der Kommission gestrichenen § 191 wiederherstellen will, wonach ein Gemeindeverband, sowie eine Krankentasse durch Statut für ihren Bezirk das Versicherungsrecht auch anderen Versicherungsstellen einräumen können.

§ 192 a bestimmt:

Die Versicherungsberechtigung erlischt in allen Fällen, wenn das regelmäßige, jährliche Gesamteinkommen 4000 Mark übersteigt.

Abg. Wolfenbühler begründet einen Antrag, statt 4000 Mk. 5000 Mk. zu setzen. Man sollte all denen, die gegen Unfall versichert sind, auch das Recht der Krankenversicherung geben. Es liegt hier ein Widerspruch im Gesetz vor, der beseitigt werden muß. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Abg. Dr. Mugdan (Vpt.) wünscht, daß solche Personen, sobald sie wieder unter 4000 Mk. verdienen, das Recht haben sollen, der Versicherungspflicht ohne weiteres beizutreten.

Abg. Hoch (Soz.): Dieser Paragraph stammt nicht etwa von uns, sondern ist auf Anregung des Leipziger Arztesverbandes in das Gesetz gekommen. Die Herren hoffen, dadurch eine größere Anzahl Personen aus der Krankenversicherung herauszubekommen und sie damit zu zwingen, die sonst üblichen ärztlichen Honorare zu zahlen. Wir stellen unseren Antrag nur, um einen eklatanten Widerspruch aus dem Gesetz zu beseitigen. Niemand von Ihnen wird die Stirn haben, zu behaupten, daß er an solche Mängel, wie diesen, überhaupt nicht gedacht habe. Aber wir können hier die bestbegründeten Anträge vorbringen.

Sie sitzen einfach da wie Puppen.

(Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz. Wohl! b. d. Mehrheit. Vizepräsident Dr. Spahn ruft den Redner zur Ordnung.) Die Folge vieler Gesetzesmacherer wird sein, daß das Gesetz schließlich von Widersprüchen wimmelt. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Abg. Wolfenbühler (Soz.): Wenn der Wunsch des Herrn Mugdan erfüllt würde, würde das eine Schädigung der Versicherung bedeuten, denn diese Personen würden dann aussteigen gerade in der Zeit, wo sie am leistungsfähigsten wären, und erst wieder Beiträge zahlen, wenn sie für die Kasse große Risiken bedeuten. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Abg. Dr. Mugdan (Vpt.): Das gebe ich zu. Um dem zu begegnen, könnte man ja bestimmen, daß nach einer Reihe von Jahren bei einem Einkommen von über 4000 Mk. die Versicherungsberechtigung überhaupt erlischt.

Der Antrag Albrecht wird hierauf abgelehnt.

§ 195 bemßt die barren Leistungen der Kassen nach dem durchschnittlichen Tageslohn

der betreffenden Klassen der Versicherten, für die die Kasse errichtet ist. Die Bemessung habe durch Säzung zu erfolgen. Als Maximum des zur Berechnung gelangenden Tageslohnes sind 5 Mark vorgegeben. Durch Säzung kann jedoch Erhöhung des Berechnungsmaximums auf 6 Mark erfolgen. Die Festsetzung bedarf der Zustimmung der Beschlußkammer des Oberversicherungsamtes. Ferner kann jagungsgemäß statt des durchschnittlichen Tageslohnes der wirkliche Arbeitsverdienst bis 6 Mark als Grundlohn bestimmt werden.

Abg. Sasse (Soz.): Wir beantragen diesen Paragraphen von Grund auf zu ändern, der in der Kommissionsfassung eine schwere Schädigung der höher entlohneter Arbeiterkategorien, speziell auch der Bergarbeiter bedeutet. Wir beantragen, daß der durchschnittliche Tageslohn der Bemessung ohne weiteres zugrunde gelegt wird, ohne daß erst eine Säzungsbestimmung notwendig ist, wir beantragen ferner die Maximumgrenze von 6 Mark zu streichen, und die Bestimmung zu beseitigen, daß die Zustimmung des Oberversicherungsamtes zur Erhöhung des Maximums nötig ist. (Zust. b. d. Soz.)

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt.

§ 196 bestimmt, daß bei

Sandtraufentassen

durch Säzung der Ortslohn als Grundlohn gelten kann; jedoch sollen für Betriebsbeamte, Wertmeister usw. die Bestimmungen des § 195 gelten.

Die Abg. Wülfert (Soz.) und Hegler (Fortschritt. Vpt.) bitten dringend, den Paragraphen zu streichen, der eine durch nichts gerechtfertigte Benachteiligung der Landarbeiter enthält. Der Streichungsantrag wird gegen Fortschrittler und Sozialdemokraten abgelehnt.

§ 197 gliedert die Krankenhilfe in Krankenpflege und Krankengeld. Das Krankengeld soll in der Höhe des halben Grundlohnes für jeden Arbeitstag vom vierten Krankentage an gezahlt werden bezw. vom Tage des Eintritts der Arbeitsunfähigkeit an, wenn sie erst später eintritt.

Abg. Sasse (Soz.): Die in diesem Paragraphen gewährte Krankenhilfe ist völlig unzureichend. Wir beantragen eine bessere Fassung der Bestimmung über Krankenpflege und wir

beantragen als Krankengeld den ganzen Grundlohn zu zahlen. Da wir aber leider auf eine Annahme dieses unzureichenden Grundlohnansatzes nicht rechnen können, so haben wir einen Evidenzantrag eingebracht, der dahin geht, 1/2 des Grundlohns zu gewähren und das Krankengeld schon vom ersten Tage der Arbeitsunfähigkeit an zuzubilligen. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Wolfenbühler (Soz.): Die Annahme unseres Antrages, wenigstens unseres Evidenzantrages, liegt nicht bloß im Interesse der Versicherten, sondern auch im wohlverstandenen Interesse der Kassen selbst. Die Sorgen des Kranken um die Erziehung seiner Familie werden häufig seine Genesung verlangsamern. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Prinzipal- und Evidenzantrag Albrecht werden in allen Teilen abgelehnt, die Bestimmung des Evidenzantrages, daß 1/2 statt 1/3 des Grundlohns gewährt werden soll, in namentlich der Abstimung mit 212 gegen 59 (Voten und Sozialdemokraten) Stimmen.

§ 199 läßt fakultativ die Krankenhauspflge zu und fordert die Kassen auf, die Krankenhauspflge möglichst zu gewähren, wenn die Krankheit ansteckend ist und Zustand oder Verhalten des Kranken forgesetzte Behandlung erfordert.

Abg. Zubeil (Soz.): Wir beantragen obligatorische Gewährung der Krankenhauspflge, wenn sie nach dem Gutachten des behandelnden Arztes notwendig ist, wenn der Kranke einen eigenen Haushalt nicht hat und selbst nach der Krankenhauspflge verlangt. Angesichts der Zerrüttung, in die der Arbeiterhaushalt zu geraten pflegt, wenn die Hausfrau krank liegt, beantragen wir ferner, daß die Kasse gegen Abzug eines Viertel des Krankengeldes, eine Hauspflegerin stellen soll. Wenn die Mehrheit sich durch nichts bewegen läßt

aus ihrer Hauseinstellung

herauszutreten (Sehr gut! bei den Soz.), so bitte ich den Präsidenten, die Abstimmungen nur negativ vorzunehmen zu lassen, damit die Herren der Mehrheit nicht in ihrer Bequemlichkeit leicht gestört werden. (Sehr gut! bei den Soz.)

Die Anträge Albrecht werden abgelehnt.

§ 201 bevollmächtigt die Kassen, neben Krankenhauspflge ein Hausgeld in der Höhe der Hälfte des Krankengeldes an die Familie zu zahlen.

Abg. Busold (Soz.): Wir beantragen, statt 1/2 1/4 zu setzen. Angesichts der niedrigen Löhne, namentlich im Osten, wird durch die Gewährung des halben Krankengeldes als Hausgeld ostmal die Familie des Kranken nicht einmal vor der schlimmsten Not bewahrt. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Abg. Wolfenbühler (Soz.): Auch in diesem Falle bedeuten Mehrleistungen keine wirkliche Mehrbelastung der Kassen. Die Genesung wird häufig beschleunigt werden, wenn der Kranke seine Familie vor der größten Not geschützt weiß. Auch die Verteuerung der Lebenshaltung durch die Wirtschaftspolitik der Mehrheit macht eine Erhöhung des Hausgeldes zur dringenden Notwendigkeit. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Abg. Hue (Soz.): Die Krankenhauspflge wird aus einer Wohltat zur Plage, wenn die Familien der in den Krankenhäusern liegenden Arbeiter wegen des ungenügenden Hausgeldes in Not und Elend geraten. Darum streuben sich auch namentlich im Ruhrrevier die Arbeiter gegen die Krankenhauspflge. Ein tugendloses Dasein gewährt doch wahrlich auch unter Anstand den Familien der Arbeiter nicht. Es hat eine Zeit gegeben, in der die Bergknappen den vollen Tageslohn als Krankengeld empfingen. (Hört, hört! bei den Soz.)

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt.

Die Beratung über die §§ 204 und 205 wird verbunden.

§ 204 berechtigt die Kasse, wenn ein Versicherter Krankengeld aus einer anderen Versicherung erhält, die Leistung der Krankentasse bis auf den Durchschnittsbetrag des täglichen Arbeitsverdienstes zu kürzen, gibt aber anheim, jagungsgemäß diese Kürzung auszuschließen. § 205 verpflichtet die Versicherten zur Anzeige anderer Versicherungsverhältnisse, wenn die Säzung es vorschreibt.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.) und Abg. Dr. Mugdan (Fortschritt. Vpt.) sprechen für den Antrag Albrecht auf Streichung von beiden Paragraphen. Aus § 204 und 205 spricht eine kleinliche Furcht vor dem schrecklichen Unglück, daß einmal ein Arbeiter

ein paar Groschen Krankengeld

mehr bekommen könnte, während gerade der Kranke eine Zulage sehr gut gebrauchen kann. (Zustimmung links.)

Gegen Fortschrittler und Sozialdemokraten wird der Streichungsantrag abgelehnt.

§ 206 läßt die jagungsgemäße Erhöhung des Krankengeldes auf 1/2 des Grundlohnes unter bestimmten Einschränkungen zu.

Ein Antrag Albrecht, den Abg. Brühne (Soz.) begründet, und Abg. Dr. Mugdan (Vpt.) befürwortet, will diese Einschränkungen streichen.

Der Antrag wird abgelehnt.

§ 207 berechtigt die Kassen, das Krankengeld zu verweigern, wenn die betreffenden Mitglieder der Kasse vorläufig durch eine strafbare Handlung geschädigt haben und die Krankheit sich durch schuldhaftige Beteiligung an Kaufereien zugezogen haben.

Abg. Busold (Soz.) beantragt hinzuzufügen, daß das Krankengeld an die Angehörigen dieser Mitglieder zu zahlen ist, deren Unterhalt sie ganz oder überwiegend bestritten haben. Man kann doch nicht die Familienangehörigen für die Vergehen ihrer Ernährer bestrafen! Den Soldaten wird befohlen, im Schlagen der Kameraden beizufpringen und mancher nimmt diese Seite ins spätere Leben mit. Dazu kommt dann noch der Alkoholismus, speziell der Schnapsgebruß, den amtliche Kreisblätter im Interesse der Reichseinnahmen zu empfehlen sich nicht schämen. Unser Schnapskonsumt bereist, wie ernst es uns mit der Bekämpfung des Alkoholismus ist. Aber wir wollen nicht Unschuldige leiden lassen. (Zust. b. d. Soz.)

Abg. Brühne (Soz.): In Moabit sind zahlreiche Arbeiter von Schnapsleuten nach allen Regeln der Kunst verprügelt worden. Nach § 207 können nun noch die Familien dafür extra bestraft werden, daß ihre Ernährer krank geprügelt worden sind. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Nach § 208 kann die Kasse auch für kleinere Heilmittel mit Zustimmung des Oberversicherungsamtes einen Höchstbetrag festsetzen.

Abg. Albrecht (Soz.): Wir beantragen die Zustimmung des Oberversicherungsamtes zu streichen. Es liegt gar keine Veranlassung für diese Bindung der Kassen vor, die nur im Interesse sozial rückständiger Arbeitgeber liegt. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die Diskussion über die §§ 210 bis 213

Wochenhilfe

wird verbunden. Die Abg. Albrecht und Genossen (Soz.) beantragen, in der Zeit, in der die Versicherten infolge des Schwangerschafts arbeitsunfähig sind, ein Schwangerschaftsgeld in Höhe des Krankengeldes sowie die erforderlichen Gebarmitteln und ärztliche Behandlung und ein Wochenlohn während der ersten 3 Wochen nach der Niederkunft in Höhe des Krankengeldes zu gewähren. Die Vorlage gewährt nur ein Wochenlohn von acht Wochen, von denen mindestens 6 in die Zeit nach der Niederkunft fallen müssen.

Die Abg. Fuhs (Vpt.) und Frei (Vpt.) beantragen, daß bei Wöchnerinnen, die in der Landwirtschaft oder als Dienstmädchen beschäftigt sind, die Gewährung der Wochenhilfe durch die Säzungen geregelt wird. — Die Gebarmitteln und ärztliche Geburthilfe gewährt die Vorlage nur fakultativ durch Säzung der Kasse. Weiter beantragt ein Antrag Albrecht

